

KONGRESSDIENST

Hamburg
4. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Juli 1961
NUMMER 5



An den Verhandlungstisch!

Die meisten Menschen reden gern von dem, was sie nicht haben. Darum wird heute in der Bundesrepublik sehr viel von Sicherheit geredet. Die Sicherheit ist seit jeher ein Grundbedürfnis des Menschen gewesen, und das schon vor der Zeit der roten Telefone, der Radarschirme, die das Mondaecho von einer heranrasenden Rakete nicht unterscheiden können, und der Politiker, die das Böse notfalls mit Atombomben ausrotten wollen, wie ein aufrechter Christdemokrat einmal im Bundestag sagte. In einer Zeit, in der viele Menschen vor der Zukunft nur Angst empfinden, kann man mit dem Versprechen oder Vorgaukeln von Sicherheit große politische Geschäfte machen. Was wird, im Wahlkampf und auch sonst, nicht alles mit Anpreisung angeboten, daß dadurch unsere Sicherheit gewährleistet wäre: die NATO-Mitgliedschaft, die Atombombe, die Notstandsgesetze, die politische Gesinnungsschnüffelei, die Atomluftschutzbunker, und so weiter.

Aber das alles ändert natürlich nichts daran, daß wir in einer Situation höchster Unsicherheit leben. Über allem steht heute die Atombombendrohung. Im Grunde weiß das auch jeder. Die nicht nur in der Bundesrepublik verbreitete Flucht in Vergnügungen, Zerstreuung und Ablenkung ist keine Widerlegung, sondern ein Beweis dafür. Es ist „Lust am Untergang“, nicht Lust am Wirtschaftswunder, was sich im „süßen Leben“ austobt.

„Wir wollen weniger erhoben und fleißiger gelesen sein“, sagte Lessing einmal über die Schriftsteller seiner Zeit. Man kann dieses Wort auch auf Autoren der Gegenwart beziehen, z. B. auf den bekannten amerikanischen Soziologen C. Wright Mills, der sogar zum Berater des amerikanischen Präsidenten avanciert ist. Sein Buch „Die Ursachen des dritten Weltkrieges“ (der deutsche Titel lautet etwas weniger schockierend „Die Konsequenz“) ist zwar sehr gelobt worden, aber kaum ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen. Es ist nicht unnützlich, daraus einige Sätze zu zitieren. „Angenommen, daß noch einer übrigbleibt und Neugier aufbringen kann: Was waren die Ursachen des dritten Weltkrieges? Und wer war verantwortlich? Bestimmt nicht der Mann am Radarschirm. Jemand anderer hat ihn dorthin geschickt, und er hat nach bestem Wissen und Gewissen seine Weisungen befolgt. Wenn wir der Kette dieser Weisungen folgen, landen wir schließlich in symbolischen Zentren wie dem Pentagon, dem Weißen Haus, dem Kreml. Von diesen Zentren aus können wir auch das Netzwerk fast-automatischer Reaktionen verfolgen, welche die Bomben gegen Sowjetrußland losgeschickt haben. Momentan ist vielleicht die Möglichkeit eines bewußt ausgelösten Krieges noch so groß wie die eines ‚zufälligen‘ Hineinschlitterns. Aber die Grundvoraussetzungen des ‚Zufalls‘ sind an sich nicht zufälliger Natur, sondern planmäßig und bewußt organisiert. — Die unmittelbare Ursache des dritten Weltkrieges ist seine Vorbereitung.“ Mit anderen Worten: al-

les das, was angeblich unserer Sicherheit dienen und sie garantieren soll, ist die Quelle der Unsicherheit. Das bedeutet doch aber: der Weg der Aufrüstung und des Kalten Krieges war falsch. Er führte genau in die verkehrte Richtung, die Richtung des Abgrunds.

Wenn Adenauer am 7. Juni dieses Jahres in Würzburg sagte: „Ich will keinen Krieg. Ich bin für die Abrüstung. Sie kommt aber erst, wenn wir so stark sind wie Sowjetrußland“, obwohl jeder weiß, daß dieses Ziel nach menschlichem Ermessen niemals mehr erreichbar sein wird, dann heißt das: Keine Verhandlungen, keine Abrüstung, Fortführung des Wettrüstens bis in die Katastrophe.

Eine realistische Friedenspolitik muß von der Existenz der beiden großen Machtblöcke ausgehen. Darum ist jede Friedenspolitik heute eine Politik der friedlichen Koexistenz. Die Koexistenz ist keine bolschewistische Falle, wie viel glauben; die Durchsetzung dieses Prinzips ist vielmehr auf die Dauer unsere einzige Überlebenschance. Zwar erklären auch die Gegner der Koexistenz, sie wollten den „heißen Krieg“ nicht; aber da das Ziel, den anderen Machtblock am Ende zu überwältigen, ohne Krieg nicht erreichbar ist, so setzen sie, was nur logisch ist, den Krieg doch als eine (freilich höchst riskante) Möglichkeit, in ihre politische Rechnung ein. Den Beweis dafür liefert schlagend die sog. „Generalsdenkschrift“, in der von „Krieg unserer Zeit“ die Rede ist; General Speidel spricht gar vom „Endsieg nach totalem nuklearen Konflikt“. Will man uns glauben machen, daß diese Generäle den Krieg mit Abscheu betrachten und vor ihm im entscheidenden Augenblick zurückschrecken werden?

Jeder offene Ausbruch eines Interessenkonflikts zwischen den Machtblöcken — vom technischen Zufall und vom menschlichen Versagen nicht zu reden — ist dann ein Funke, der in unmittelbarer Nähe eines Pulverfasses gezündet wird. Er braucht nicht zur Explosion zu führen. Wenn man aber laufend neben einem Pulverfaß die Entstehung von Funken duldet und fördert, dann spricht einige Wahrscheinlichkeit dafür, daß einer dieser Funken der entscheidende Auslöser sein wird. Ein bekannter Mathematiker formulierte, daß sich diese Wahrscheinlichkeit im Laufe der Zeit zur Gewißheit verdichte. Mit anderen Worten: Es ist völlig sicher, daß die Fortführung der Politik des Kalten Krieges und des Wettrüstens auf unabsehbare Zeit uns irgendwann einmal in eine atomare Katastrophe stürzen würde.

Wir müssen uns darüber im klaren sein: Das Berlin-Problem und die deutsche Frage sind derartige Pulverfässer. Solange eine Klärung und Bereinigung hier noch aussteht, vergrößert bereits jede Hetz- und Brandrede — von der fieberhaft betriebenen Rüstung zu schweigen — die Kriegsgefahr. Die Gegner der Koexistenz haben, da sie diese Tatsache nicht leugnen können, eine spezifische Taktik ent-

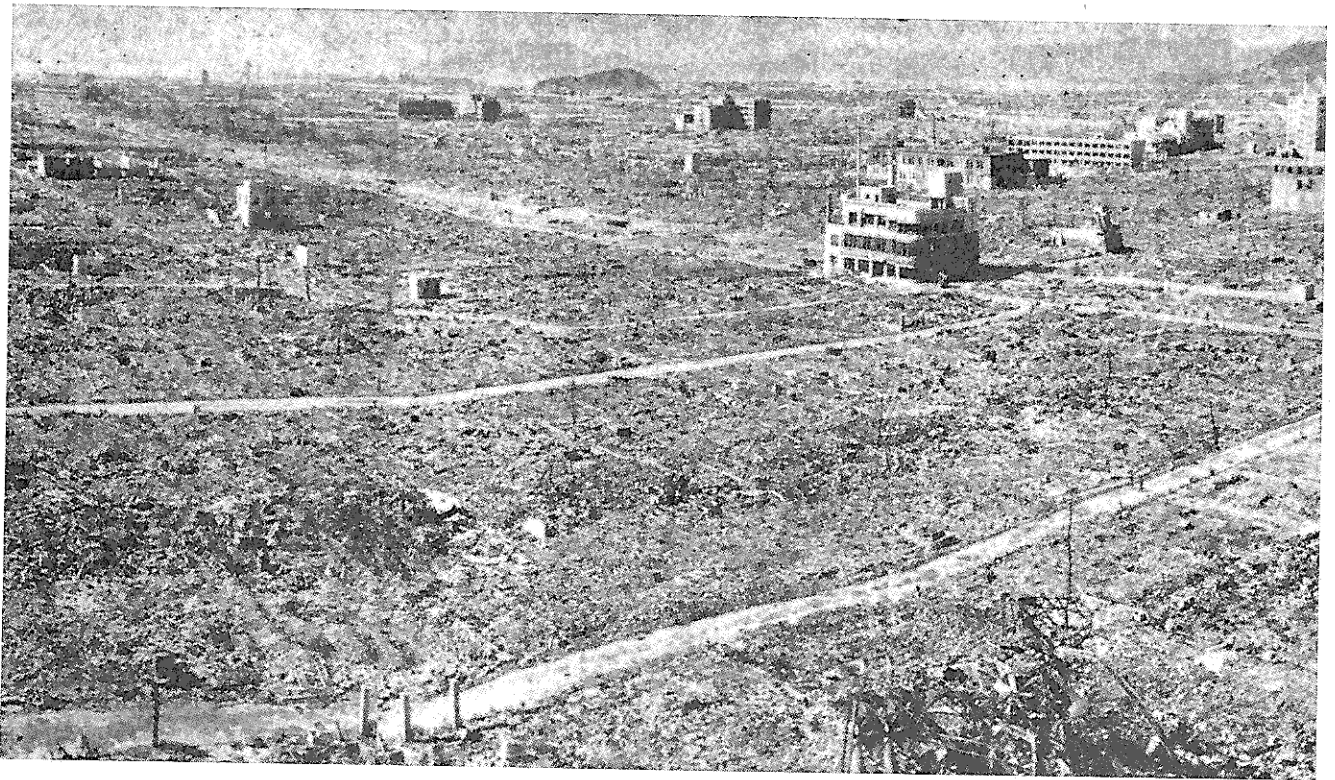
wickelt, um die Durchsetzung der Politik der Koexistenz zu durchkreuzen. Koexistenz bedeutet: Verhandeln. Nur in Verhandlungen lassen sich Interessengegensätze klären und bereinigen. Verhandlungen sind aber ohne ein gewisses Maß an gegenseitigem Vertrauen außerordentlich schwierig. Wer den anderen für den „Todfeind“ hält, für den sind die Tage, an denen verhandelt wird, Zeiten der Unruhe und Ungewißheit. Diese Leute sehen sich danach, im alten Trott weitermarschieren zu können. Was liegt näher, als daß sie versuchen, durch Unterminierung des ohnehin geringen gegenseitigen Vertrauens die Verhandlungen zu torpedieren? Wenn wenige Tage vor Beginn der Verhandlungen zwischen Kennedy und Chruschtschow „zufällig“ ein selbstmörderischer „Alarmplan“ bekannt wurde, so erinnert diese Provokation verzweifelt an den Spionageflug vor der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz.

In Wahrheit müßte man verhandeln, selbst wenn nicht eine Spur gegenseitigen Vertrauens vorhanden wäre. Es gibt im Grunde nur die Alternative: Verhandlungen und Koexistenz oder endgültige Ablehnung der Verhandlungen und Krieg. Der gegenwärtige Zustand der permanenten Krise läßt sich nicht konservieren; sogar General Norstad sprach von einem „höllischen Zustand“.

Die Wiener Verhandlungen zwischen Kennedy und Chruschtschow bedeuteten für die Welt ein Zeichen der Hoffnung. In Bonn „warnte“ man. Das ging so weit, daß „DIE WELT“ eine Betrachtung des bekannten Journalisten und Schlam-Imitators Sebastian Haffner veröffentlichte, die nichts anderes als eine in dieser Form bis dahin undenkbbare Beleidigung Kennedys darstellte. Inzwischen war zu erfahren, daß die Verhandlungen in Wien keine konkreten Ergebnisse, sondern nur eine Klärung der Standpunkte erbracht haben. Das war auch notwendig. Es kommt jetzt darauf an, über diese Standpunkte weiter zu verhandeln. Die Sowjetunion fordert die Einberufung einer Deutschlandkonferenz. Ihre Vorschläge zur Regelung der deutschen Probleme erscheinen den Amerikanern in dieser Form unannehmbar. Das ist eine Reaktion, gegen die sich im Grundsatz nichts einwenden läßt. Man soll einen Gegenvorschlag machen, dann wird man über die beiden Vorschläge sprechen, und schließlich einen Kompromiß finden (vielleicht erst nach Hunderten von Sitzungen, wie bei der Lösung der Osterreichfrage).

Aber aus Bonn kommen andere Töne. Die Vorschläge seien indiskutabel, darüber könne man überhaupt nicht verhandeln, die eigene Position sei unwandelbar — also strikte Ablehnung jeder Verhandlung. Hier ist der entscheidende Unterschied. Kein vernünftiger Mensch verlangt, daß der Westen alles unbedenken annimmt, was vom Osten kommt. Aber es besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen einer solchen Haltung und der Obstruktion, die von Bonn aus be-

Fortsetzung auf Seite 3



Werner May: Geh nicht in diese Hölle hinein!

In wenigen Wochen jährt sich zum 16. Male der Tag des Abwurfes der ersten Atombombe. Für diese Untat zeichnet eine christliche Nation verantwortlich. Wir bringen aus diesem Anlaß eine Betrachtung von Piarrer Werner May, Hamburg.

Ab 6. August 1945 geschah es — nicht mehr auszulöschen aus der Geschichte der Menschheit, — aber auch nicht mehr auszulöschen aus dem Schuldbuch derer, die der Meinung waren, den Abwurf der ersten Atombombe vor Gott verantworten zu können. Die Last der Verantwortung und die Schuld selbst ist um so größer, als es sich bei den Verantwortlichen um Christen

handelte und weil der Tag von Hiroshima zu einem bedenklichen Memento der Menschheit werden mußte; mehr noch: der Abwurf dieser ersten Vernichtungswaffe wurde zu einem Angriff gegen Gott und seine Gesetze, zu einer Verneinung alles dessen, was noch den Anspruch erheben will, gut oder sittlich zu sein, von Freiheit, Gerechtigkeit und von Menschenwürde zu reden. Dieser Tag gehörte dem Willen zum Chaos und damit allen dämonischen Kräften an, die vor den Werken Gottes weder Ehrfurcht haben noch ihnen sich verpflichtet fühlen. Hier war eine Grenze erreicht, und Glaube und Vernunft sagten sich los von der Teufelei politischer Ideologien und Maximen, die mit ihren Postulaten bereit sind, zu vernichten, was in Frieden zu verwalten sie berufen sind. Diese Grenze besteht heute in aller Klarheit. Wer sie je zu überschreiten wagt, überschreitet den Rubikon. Aber es ist ein anderer Rubikon. Es ist die Grenze menschlichen Daseins überhaupt.

In Sekundenkurze war in und um Hiroshima die Welt zur Hölle verwandelt. In Brand, Glut und Zerstörung wurde der Mensch — Mann, Weib, Kind, Säugling und Greis, der Kranke und der Gesunde zum zerfetzten, blutenden, ausgedörrten unvorstellbaren Grauen; Wasser kochten — Gestalten, die einmal Menschen gewesen, krochen wie die Tiere sterbend und planlos umher. Der Himmel war in Qualm verdunkelt, nachdem menschliche Hybris und politisch-militärischer Wahnsinn Gottes Sonne zu einem blassen, verschwindenden Planeten verwandelte. Leichen türmten sich zu Bergen. Denen, die geglaubt hatten, der Hölle entrinnen zu können, die

brausend, pressend, strahlend, glühend und blindmachend vom Himmel herniedergebrochen war, löste sich das geschwärzte Fleisch vom Leibe. Menschen wurden zu sterbenden oder zu qualvoll leidenden Zeugen, daß der Krieg nichts anderes mehr war, als sinnlose, grausame, blinde und teuflische Vernichtung, von Menschen erdacht und geplant, von Menschen mit frommen Gebeten begleitet, war etwas zum Phänomen geworden, was von Stund an als furchtbarstes Entsetzen den Frieden der Welt endgültig und bis in die Wurzeln zerstören sollte. Denn im Schatten dieser rasenden und unberechenbaren sogenannten Waffe — die ja nicht über Hiroshima zur Verteidigung abgeworfen wurde — kann es im Herzen der Menschen nie mehr wirklich Frieden werden. Denn was nun leben muß, heraufbeschworen vom Mangel an Willen zum Frieden, wird tödliche, tägliche Angst, wird Zerstörung aller Harmonie, wird niemals mehr Verständigung aufkommen lassen zwischen den Menschen; das Mißtrauen wird wachsen wie eine böse Drachensaat, Kultur, Gerechtigkeit, Freude und Lebensglück sind verloren — kein Mensch kann als Gottesskind mit der Atombombe leben.

Durch das brennende Tränenfeld, durch die von Christen verwüstete und verpestete Welt der Stadt hastete ein Mensch. Er suchte einen Weg durch das Grauen. Er kletterte über Tote — er fühlte, wie er selbst die Spuren der Hölle trug. Da rief ihn irgendwer an — durch das glühende, brennende und den Durst zur Pein wandelnde Schrecknis rief eine menschliche Stimme ihn an: „Nicht weiter! Geh nicht in diese Hölle hinein!“

Er ging doch — der ratlos umherirrende Mensch. Er traf ein junges Mädchen aus seiner Nachbarschaft; sie war zu Tode verwundet, blutete, wein-

Fortsetzung von Seite 2

trieben wird. Die Bundesrepublik wird in kommenden Verhandlungen wahrscheinlich eine wichtige Rolle spielen. Darum ist es um so notwendiger, den Obstrukteuren in Bonn in den Arm zu fallen. Bei den Bundestagswahlen besteht dazu Gelegenheit. Verhandlungen werden stattfinden, ob die Bundesregierung sie wünscht oder nicht. Für die USA ist nicht mehr, wie zu den Zeiten, als man Adenauer US-Außenminister nannte, der Wille der Bundesregierung Befehl. Wenn sich die Bundesregierung entschließt, abseits zu stehen, dann werden die Großmächte sich dadurch nicht davon abhalten lassen, nach dem notwendigen Kompromiß zu suchen, der ihrem Sicherheitsbedürfnis Rechnung trägt; die Wahrnehmung der Interessen des deutschen Volkes bleibt dagegen der DDR allein überlassen. Die Bundesregierung hat mindestens die Pflicht, unsere Bevölkerung international zu vertreten. Sie kann sich diesem Auftrage nicht entziehen. Tut sie es dennoch, so gibt sie zu, daß ihre Politik eine Vertretung der Interessen unseres Volkes unmöglich macht. Das könnte nicht ohne Konsequenzen bleiben.

te und jammerte. Als er endlich für sie das erlösende Wasser fand, konnte er es ihr nur noch über die vom Tode gezeichneten Wangen gießen. „Geh nicht in diese Hölle hinein!“

Ich blieb nichts anderes übrig — er war schon in der Hölle. Er hat sie kennen gelernt, — er weiß, was es um das Inferno war. Aber dies Wort verlor seine Gültigkeit für den Augenblick. Es wurde zu einem Ruf, zu einem Schrei, zu einer Beschwörung aller, die es heute hören und lesen, es will und muß so gehört werden, daß es zu Überlegungen drängt, zu Entscheidungen und Taten führt, die aus dem Chaos von Hiroshima einen Sinn machen, damit nicht umsonst gestorben, gelitten und geweint worden ist. An diesem Jahrestag — an diesem 6. August — soll das Wort eines Unbekannten einen weitaus höheren und tieferen Sinn erhalten und allen ins Herz dringen, die ein Gefühl dafür haben, daß die Entscheidungen, die wir in dieser Welt und in diesem Leben fällen, keine Parteientscheidungen sind, keine Entscheidungen einer Regierung — sondern Entscheidungen, die über die Zeit hinaus in die Ewigkeit greifen und vor Gott gefällt werden. Wenn der heranwachsenden Generation Zeitgeschichte gelehrt und das verbrecherische politische Handeln vergangener Jahre aufgezeigt werden soll, dann hat das nur dann einen pädagogischen, historischen und sittlichen Sinn und Wert, wenn aus der gelehrten und dokumentierten Vergangenheit gültige und gute Schlüsse gezogen werden. Eine solche Bewältigung der Vergangenheit kann nicht darüber hinwegsehen, daß im gleichen Augenblick Entwicklungen sich zeigen, die in ihrer Wirkung das Vergangene um ein Vielfaches übertreffen müssen, daß der staatsgebundene Mensch heute vor und in der Not steht, wieder zum gehorsamen Befehlsempfänger zu werden und unter Umständen zu einem millionenfachen Mörder.

Es geht nicht an, die Forderungen des christlichen Glaubens in die Kirchen zu verbannen, aber die Folgerungen politischer Gedanken völlig unabhängig von dem gepredigten und geforderten Glauben zu verlangen. Es geht nicht an, daß sich Politiker christlich nennen und gleichzeitig damit einverstanden sind, daß man die tiefsten Inhalte des christlichen Glaubens in der Politik für undurchführbar und für Utopien erklärt. Oder mit anderen Worten: man kann nicht nach Lourdes pilgern und zur Mutter Gottes beten, man kann nicht im geweihten Haus Gottes singen und „Verkündigung“ empfangen — um draußen — in der Welt, am Arbeitstisch, völlig anders zu denken oder zu entscheiden.

Es kann heute niemanden mehr geben, der sich entschuldigen und sagen könnte, er habe das alles nicht gewußt. Groß und unübersehbar ist die Schar derer, die im Zeichen von Hiroshima und der im Lauf der Jahre weiterentwickelten Vernichtungskraft der atomaren Bomben warteten und beschworen: Gelehrte, Priester, Philosophen, Ärzte und Pädagogen haben immer wieder darauf hingewiesen, daß es so unmöglich weitergehen kann. Die Schuld wächst ins Ungeheure. Denn seit den Tagen von Hiroshima hat man

die Vernichtungswaffe weiterentwickelt — zu einer derartigen grausamen Schrecklichkeit, daß Hiroshima noch ein blasser Schatten ist gegen das, was uns alle erwartet. Und wir wissen es. Und wir warten? Wir schweigen? Täglich läuten Glocken von ungezählten Kirchen. An den Altären stehen Priester. Im höchsten Amt walten, reden und entscheiden Männer der Kirche. Theologen studieren. Kinder lernen den Katechismus. Gottes Wort klingt von der Kanzel. Aber was ist das alles, wenn nicht der Wille Gottes zu einer so dringenden, drängenden, zwingenden Forderung gemacht wird — rings in allen Ländern — daß es denen den Mund verschließen muß, die da meinen, es gäbe nur eine Möglichkeit der Auseinandersetzung — jene Waffe, — die keine Waffe mehr ist sondern ein Mittel schamloser, entsetzlicher Vernichtung, die niemand anwenden kann, ohne sich von Gottes Richterblick zu Tode getroffen zu fühlen. „Nicht weiter! Geh nicht in diese Hölle hinein!“ Diesen Ruf sollten wir uns und allen, die um uns sind, ins Herz brennen. Denen, die unser Volk in letzter Verantwortung führen, sollten wir dieses Wort entgegenhalten, — denn sie haben kein sittliches und kein religiös irgendwie begründetes Recht, Millionen Menschen zu zwingen, in die Hölle zu gehen.

7. Weltkonferenz gegen A- und H- Bomben

Tokio. Auf der 9. Generalversammlung des Japanischen Rates gegen Atom- und Wasserstoffbomben, die am 19. und 20. April in Tokio stattfand, wurden folgende Einzelheiten über die kommende 7. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben zur verstärkten Förderung der vollständigen Abrüstung festgesetzt:

Das Hauptthema der Weltkonferenz wird die nachstehenden Fragen umfassen:

1. Die politische Lage in der Welt und das Problem der vollständigen Abrüstung;
2. Die Frage der Achtung der Kernversuche und der Verhinderung der nuklearen Aufrüstung in der Welt;
3. Die Frage der Abschaffung von Militärbündnissen und ausländischen Militärbasen;
4. Über die Hilfsmaßnahmen für die Atomversehrten;
5. Über die Intensivierung der Bewegung und die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen die Kernwaffen.

Der festgesetzte Termin für die 7. Weltkonferenz:

In der Zeit vom 9. bis 11. August findet in Tokio eine vorbereitende Konferenz zur Weltkonferenz statt, an der sämtliche ausländische Delegierten und eine entsprechende Anzahl gewählter japanischer Delegierten teilnehmen werden.

Am Nachmittag des 12. August wird

Dieser Ruf: „Nicht weiter! Geh nicht in diese Hölle hinein!“ klingt auch aus den Worten des Franziskus M. Stratmann OP, (veröffentlicht in „Der Christ in der Welt“, 1961, Heft 2, S. 52/55) „Ich fasse zusammen: Mit Kardinal Ottaviani bin ich der Meinung, daß der atomare Krieg die seit Jahrhunderten geltenden Bedingungen für einen gerechten Krieg nicht mehr erfüllen kann; daß er wie Cordovani, der Magister Sacri Palatii, im Osservatore Romano erklärte, „Mord an Unschuldigen und Verbrechen an der Menschheit sei.“

Viele Stimmen haben bisher geschwiegen, die diese priesterliche Stimme beschämt. Allen, die nicht den Mut und die Freiheit, den Willen zum Gehorsam gegenüber den unaufgebaren Geboten göttlicher Ordnung hatten, möge es im Ohr dröhnen und im Herzen widerhallen: „Nicht weiter! Geh nicht in diese Hölle hinein! und Anlaß sein, endlich, — endlich mit einzustimmen in den Ruf der Millionen, die weder den Krieg wollen noch die Feindschaft unter den Völkern, — die es sich einfach nicht vorstellen können, daß wenige Menschen eines Tages darüber zu befinden hätten, ob Gottes Welt zu zerstören sei.

der große Friedensmarsch, der vor etwa 2 Monaten in verschiedenen Gegenden Japans gestartet ist, in Tokio einmarschieren. Ausländische Delegierte werden eine Strecke den Marsch mitmachen und mit den Marschierenden zusammen die große Halle der Nippon Universität betreten, in der unter Teilnahme von über 10 000 japanischen Delegierten die 7. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben zur verstärkten Förderung der vollständigen Abrüstung feierlich eröffnet wird.

Am 13. August: Geteilt in etwa 40 Hörsälen der Hosei Universität, für deren juristische Fakultät der Präsident des Japanischen Rates Herr Prof. Yasui das Amt des Dekans bekleidet finden unter Teilnahme aller ausländischen und japanischen Delegierten Aussprachen statt, wobei der Gegenstand der Diskussion in allen Abteilungen dasselbe sein soll. Am Abend dieses Tages geht das Redaktionskomitee, das aus einer kleinen Anzahl gewählter ausländischer und japanischer Delegierten bestehen soll, an die Arbeit. Das Komitee wird auch am nächsten Tag fortgesetzt. Vor- und Nachmittagsstunden des 14. August, des letzten Tages der Weltkonferenz, stehen verschiedenen Versammlungen zur Verfügung, zu denen ausländische Delegierte als Gäste eingeladen werden. Am Abend große Abschlusssammlung der 7. Weltkonferenz in der Städtischen Sporthalle, ebenfalls unter Teilnahme von über 10 000 japanischen Delegierten und allen ausländischen Delegierten.

Der Kampf gegen den Atomtod geht weiter

Eine Diskussion in Frankfurt a. M.

Am 24. Juni fand in Frankfurt eine Diskussion über die Möglichkeiten eines deutschen Beitrages zu einer Politik der Abrüstung statt. Die Veranstaltung, die besonders auf die Initiative von Dr. Arno Klönne, Kassel, zurückging, der auch die Konferenz leitete, sollte ferner dazu führen, den Standpunkt der Teilnehmer in die öffentliche Debatte zu bringen, da die im Bundestag vertretenen Parteien aus wahltaktischen Rücksichten der Bevölkerung die Entscheidung über die grundlegenden Fragen der Außenpolitik nicht „zumuten“ wollen.

Die Einladung ging aus von Christian Geissler, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Heinz Hilpert, Dr. Erich Kästner, Oberkirchenrat D. D. Heinz Kloppenburg, Dr. Arno Klönne, Prof. Dr. Alfred von Martin, Prof. D. Heinrich Vogel und Prof. D. Ernst Wolf; ihr hatten sich nachträglich unter anderen noch Kirchenpräsident D. Niemöller und der Schriftsteller Dr. Günther Anders angeschlossen.

Die Konferenz begann mit einem Referat des jungen Schriftstellers Christian

Geissler über „Hiroshima, Auschwitz und die Hoffnung unserer Zeit“, das bei den etwa 400 Teilnehmern einen tiefen Eindruck hinterließ.

Die sehr lebhaft diskutierte mündete immer wieder in der Forderung, hier und heute etwas zu tun, um einer als verderblich erkannten Politik Einhalt zu gebieten. Obwohl natürlich in vielen Einzelfragen keine volle Einmütigkeit herrschte, konnte der frühere FDP-Abgeordnete Hermann Schwann es unter dem Beifall der Teilnehmer als von allen geteilte Erkenntnis bezeichnen, daß die Politik der Bundesregierung den Krieg heraufbeschwöre.

Die Konferenz faßte keine Beschlüsse, da es dem Sinn der Konferenz widersprochen hätte, irgend jemanden in Sachfragen zu majorisieren. Den Teilnehmern wurde jedoch eine Erklärung, die unter anderem ausging von Stefan Andres, Heinz Kloppenburg, Heinz Hilpert, Arno Klönne, Heinrich Vogel und Ernst Wolf, zur Unterschrift vorgelegt. Den Wortlaut dieser Erklärung geben wir nachstehend wieder.

nelle Rüstung in Mitteleuropa ist verhängnisvoll.

Eine Politik, die im Interesse des deutschen Volkes und im Interesse internationaler Entspannung liegt, ist die des Disengagement: militärisches Auseinanderrücken der Machtblöcke in Mitteleuropa, Bildung einer atomwaffenfreien Zone, Beschränkung auch der konventionellen Rüstung, Ausscheiden beider deutscher Teilstaaten aus den jeweiligen Militärbündnissen, Sicherheitsgarantie der Großmächte — einschließlich der UdSSR — für diesen militärischen Status.

Der österreichische Staatsvertrag und der militärpolitische Status Österreichs können nützliche Hinweise für ähnliche Lösungen auch in anderen Spannungszonen geben.

Sache der Bundesregierung wäre es, im Interesse des deutschen Volkes nachdrücklich auf eine allgemeine kontrollierte Abrüstung in der Welt zu drängen und selbst einen Beitrag hierzu zu leisten. Die Bundesregierung bleibt jedoch in dieser Sache offensichtlich untätig. Deshalb unterbreiten wir den Bürgern der Bundesrepublik folgenden Vorschlag für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung und einen ersten Schritt zu einer Entspannungspolitik in Mitteleuropa:

Verzicht beider deutscher Teilstaaten auf atomare Waffen;

Vereinbarungen beider deutscher Teilstaaten mit ihren jeweiligen Bündnispartnern, die auf deutschem Territorium stationierten Truppen nicht atomar auszurüsten;

Rüstungsstopp und Begrenzung konventioneller Bewaffnung in beiden deutschen Teilstaaten;

Garantie der 4 Großmächte für diesen militärischen Status deutschen Territoriums.

Eine solche Politik würde Notstandspläne überflüssig machen und die materiellen Kräfte unseres Volkes auf soziale und kulturelle Leistung hinlenken. Eine solche Politik ist überdies der einzig mögliche Weg, um Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen.

Wir rufen die deutsche Öffentlichkeit auf, für diese politischen Vorschläge einzutreten.

Wir treten dafür ein, Initiativen gegen die atomare Aufrüstung zu unterstützen, wie sie zum Beispiel vom zentralen Ausschuß „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ für den 6. August und 1. September 1961 vorgesehen sind. Wir wiederholen:

„Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.“

Erklärung

Am 10. März 1958 ging von Frankfurt der Aufruf des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“ aus:

„Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze ist im Falle eines Krieges zwischen Ost und West dem sicheren Atomtod ausgeliefert. Einen Schutz dagegen gibt es nicht. Beteiligung am atomaren Wettrüsten und die Bereitstellung deutschen Gebietes für Abschußbasen von Atomwaffen können diese Bedrohung nur erhöhen.

Ziel einer deutschen Politik muß deshalb die Entspannung zwischen Ost und West sein. Nur eine solche Politik dient der Sicherheit des deutschen Volkes und der nationalen Existenz eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands.

Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettrüsten mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen.

Wir rufen das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei auf, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern. Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht!“

Dieser Aufruf ist heute aktueller denn je.

Die Bundesregierung in Bonn indessen betreibt und betreibt weiterhin ihre „Politik der Stärke“. Westdeutsche Militärs und Militärpolitiker warnen — die Generalsdenkschrift fortsetzend — vor einer „Vernachlässigung der atomaren Rüstung in Westeuropa“. Der

Bundeskanzler pocht darauf, daß „Westdeutschland wieder eine Macht ist“, und er will nicht darauf verzichten, es auch zu einer atomaren Macht zu machen. Führende Vertreter der Regierungspolitik leugnen den provisorischen Charakter der Bundesrepublik, die innenpolitischen Vorbereitungen für den „Verteidigungsfall“ werden forciert, „übergesetzliche“ Notstandsmaßnahmen angekündigt, jedes Eintreten für garantierte militärische Neutralität und Blockfreiheit wird in der Person und in der Sache diffamiert.

Während der Präsident der USA deutsche Vorschläge zur Abrüstung verlangte, hat die Bundesregierung in Bonn — wie schon bisher — nicht einen einzigen Gedanken zur Beseitigung der politischen Spannungen in der Welt beigetragen.

In dieser Situation sehen wir uns genötigt, darauf aufmerksam zu machen, daß die Meinung der Bundesregierung in diesen Fragen nicht mit der Meinung der westdeutschen Bevölkerung gleichzusetzen ist. Im Gegensatz zur Meinung des Bundesverteidigungsministers Strauß, daß mit soldatischen Mitteln „die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergehen“ könne, im Gegensatz auch zu den Spekulationen westdeutscher Militärs von einem „Endsieg nach totalem nuklearem Konflikt“ sind wir gewiß, daß ein nuklearer Krieg von niemandem gewonnen werden kann.

Eine weitere Vermehrung der Atomkräfte würde, davon sind wir überzeugt, einen weiteren Schritt zum Kriege hin bedeuten. Insbesondere in einem politisch so problem geladenen Raum wie Mitteleuropa bringt die Stationierung atomarer Waffen — gleich in wessen Verfügungsgewalt — nicht Sicherheit, sondern äußerste Gefährdung. Auch jede forcierte konventio-

Friede auf Erden!

Kommunique der Ersten Allchristlichen Friedensversammlung in Prag

Vom 13.—18. Juni 1961 tagte in Prag die Erste Allchristliche Friedensversammlung. An ihr nahmen 680 Christen der verschiedenen protestantischen Bekenntnisse und der orthodoxen Kirchen teil. Fast fünfzig Länder aller Erdteile waren vertreten. Die ehrwürdigen Kirchen Vorderasiens, die Kirche Äthiopiens und des Libanons waren ebenso aktiv beteiligt wie die jungen Kirchen Afrikas und Asiens mit ihren Vertretern. Da mehr als ein Drittel der Teilnehmer Jugendliche waren, bekam die Versammlung eine besondere dynamische Prägung.

Die Arbeit der Versammlung wurde zunächst bestimmt durch das umfassende und grundlegende Referat von Prof. Dr. J. L. Hromádka (Prag) und die fünf Korreferate von Erzbischof Nikodim (Moskau), Prof. Inoue (Tokyo) Rev. J. Stephens (Ghana), Mr. R. K. Ullmann (Birmingham) und Kirchenpräsident D. M. Niemöller (Wiesbaden). In dem Hauptreferat von Prof. Hromádka wurden die Weltprobleme dargestellt und nach ihrer Lösung gesucht. Dabei spielten die Fragen nach der totalen Abrüstung, der Einstellung der Kernwaffenversuche und die friedliche Lösung der deutschen Frage eine besondere Rolle.

In zehn Arbeitsgruppen: Friede und Gerechtigkeit, Friede und Freiheit, Kalter Krieg, Friede und die neuen Staaten, Friede und die Deutschlandfrage, Mißbrauch des Christentums, Friedensdienst der Jugend, Oekumene, Atomare Massenvernichtungsmittel, wurden die Hauptprobleme aufgenommen und zwei Tage hindurch in intensiver Arbeit, offener und z. T. leidenschaftlicher Aussprache erörtert. Die Berichte, die vor dem Plenum die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen zusammenfaßten, zeigten die Spannweite der Problematik, zugleich aber das einmütige Verlangen, sie zu lösen und wurden dadurch zu einem dringenden Appell, die Arbeit in aller Zeit fortzusetzen und zu intensivieren.

Der Hauptvortrag dieser ersten christlichen Weltversammlung für den Frieden ist in der Botschaft zusammengefaßt. Nach ihrer Annahme in großer Einmütigkeit mit überwältigender Mehrheit stellt sie das Ergebnis aller bisherigen Bemühungen der Prager Christlichen Friedenskonferenz dar. Als Aufruf an alle Christen und Kirchen der Welt, dürfte sie zu einem wesentlichen und unüberhörbaren Friedensbeitrag werden.

Die Versammlung richtete gleichlautende Briefe an Ministerpräsident N. S. Chruschtschow und an Präsident J. F. Kennedy. Ein weiteres Schreiben wurde an den Staatspräsidenten der CSSR A. Novotný gesandt. Die Antworten von Ministerpräsident Chruschtschow und Staatspräsident Novotný wurden von der Versammlung lebhaft und dankbar begrüßt. Zahlreiche Grußbotschaften gingen außerdem aus aller Welt ein.

Zur Durchführung der weltumspannenden Aufgaben wurden die erforderlichen Organe gebildet. Der ständige Arbeitsausschuß ist auf 16 Mitglieder erweitert worden, wobei die Kirchen

aus den jungen Staaten vertreten sind. Ihm zur Seite steht ein beratender Ausschuß für die Fortführung der Arbeit mit 110 Mitgliedern aus allen Erdteilen, für den Seine Heiligkeit Patriarch Alexei (Moskau) seine Teilnahme zugesagt hat. Zum Präsidenten der Bewegung wurden Prof. Dr. J. L. Hromádka, Dekan der Comenius-Fakultät, zu ihrem Generalsekretär Pfarrer J. N. Ondra einstimmig gewählt.

Mit besonderer Genugtuung wurde zur Kenntnis genommen, daß die Kosten der großen Versammlung durch die teilnehmenden Kirchen aufgebracht wurden. Die Kirchen wollen auch in Zu-

Für die Armee wird wieder geworben...

Hamburg. Vom 29. Mai bis zum 5. Juni veranstaltete die Bundeswehr in Hamburg, wie schon zuvor an zahlreichen anderen Orten, eine Informations- und Werbeschau. Ausgerechnet den Platz gegenüber der Hamburger Ingenieurschule hatte man für dieses Vorhaben ausgesucht — angeblich aus verkehrstechnischen Gründen, in Wahrheit wahrscheinlich, weil die Bundeswehr technisches Personal braucht. Ein Panzer, ein Geschütz und, last not least, ein Aufklärungswagen, in dem allerlei Traktate über die moderne technische Ausrüstung der Bundeswehr, den interessanten und angenehmen Wehrdienst und dergleichen erhältlich waren: damit wollte man die in Hamburg insbesondere an den Hochschulen bisher gänzlich fehlende Begeisterung für „Unser Heer“ zu erzeugen versuchen. Es kam anders. Der Allgemeine Studentenausschuß der Ingenieurschule, deren Studenten zu 60% bereits ihren Wehrdienst abgeleistet haben und dadurch gegen Bundeswehrpropaganda immunisiert wurden, nahm diese Ausstellung als Provokation. Dazu trug der Umstand bei, daß ganz in der Nähe ein Heim gelegen ist, in dem Kriegsblinde des 2. Weltkrieges betreut werden. Spontan und aus dem Gefühl heraus, für die ganze Studentenschaft zu sprechen, entschloß sich der AStA, ein Flugblatt herauszugeben, in dem dazu aufgefordert wurde, sich Informationen über den Krieg auch bei den wirklich Sachverständigen, den blindgeschossenen Soldaten des vorigen Krieges, zu holen.

Ein paar Tage später habe ich mit den Studentenvertretern gesprochen. Sie waren deprimiert; nicht etwa über das Echo ihres Flugblattes: sie sagten mir, es habe noch selten an ihrer Hochschule so leidenschaftliche Diskussionen gegeben; aber über die Dinge, die sie wegen ihrer Aktion hatten einstecken müssen. Schon 20 Minuten später sei die Flugblattaktion in der Schulbehörde bekannt gewesen, erzählten sie, und dann habe der Druck eingesetzt. Man habe ihnen erklärt, sie (die gewählten Studentenvertreter) seien nicht legitimiert, in politischen Fragen für ihre Kommilitonen zu sprechen; außerdem habe man ihnen zu verstehen gegeben, sie selbst, vor allem aber die Direktion der Ingenieur-

kunft die weitere Arbeit der Bewegung materiell unterstützen.

Eine Reihe von Aufträgen aus der Vollversammlung wurden dem Arbeitsausschuß zugeteilt. So wurde er vor allem gebeten, dem Oekumenischen Rat der Kirchen in einem Brief die Mitarbeit der Christlichen Friedenskonferenz in der ökumenischen Bewegung darzulegen und die Ergebnisse der Ersten Allchristlichen Friedensversammlung zur Auswertung in Neu Delhi zur Verfügung zu stellen.

Die Erste Allchristliche Friedensversammlung, die erste in der Geschichte der Christenheit, ist zu Ende. Die durch sie entstandene weltweite Gemeinschaft und die bei ihr gemachten Erfahrungen rufen aufs neue in den Dienst unter der Zusage Gottes:

„Friede auf Erden!“

schule, habe „vom Verteidigungsministerium ernste, auch persönliche Schwierigkeiten zu erwarten“, wenn etwas „in Bonn bekannt würde“, „Heute“, so sagten sie, „beginnen wir endlich wieder festen Boden unter die Füße zu kriegen, bis gestern mußten wir noch auf alles Mögliche gefaßt sein“. Dies, nachdem sie versprochen hatten, solche Aktionen in Zukunft „nicht ohne Einverständnis der Schulbehörde und der Direktion“ zu unternehmen.

Das ist also die Art, wie man heute mit unserer Jugend glaubt umspringen zu können. Es wird oft und oft wiederholt, die Jugend sei besser als ihr Ruf. Aber wenn das wahr ist, dann stimmt es auch, daß die deutschen Behörden noch erheblich schlechter sind als ihr Ruf. Offenbar bestimmt heute allein das Bundesverteidigungsministerium, welche demokratisch legitimierten Aktionen unzulässig sind.

H. H.

Verwaschen

Braunlage im Harz. Ein neues Beispiel für seine Fähigkeit, sich so verwaschen auszudrücken, daß jedermann über die wirklichen Ziele der SPD-„Wahlmannschaft“ im unklaren bleibt, gab der SPD-Kanzlerkandidat Brandt auf einer Kundgebung am Eisernen Vorhang am 3. Juni. Laut „Welt“ erklärte Brandt, solange nicht Vereinbarungen über eine Rüstungsbegrenzung und eine Rüstungskontrolle zugestanden seien, müsse auch der Westen über Atomwaffen verfügen. „Wir sind im Rahmen der NATO auch für eine wirksame Ausrüstung der Bundeswehr, aber wir sind nicht dafür, daß die Zahl der über Atomwaffen verfügenden Mächte weiter wächst.“

Neutralität

Bielefeld. Eine Befragungsaktion des EMNID-Instituts hat ergeben, daß die Zahl der Anhänger einer deutschen Neutralität zwischen den USA und der Sowjetunion nach wie vor sehr groß ist. Sie beträgt 43% der Bevölkerung. Frühere Befragungen hatten sogar 48% Anhänger der Neutralität Deutschlands ergeben.

Rufmord — ein politisches Verbrechen

Hexenjagd an der Universität in Münster

Wir beginnen mit diesem Beitrag eine Serie, in der über aktuelle Fälle des Rufmordes berichtet werden soll. In dieser Nummer berichten wir über das Schicksal zweier sehr bekannter Professoren der Universität Münster.

Anfang Juni ging die Meldung durch die Presse, der suspendierte Direktor des publizistischen Instituts der Universität Münster, Professor Dr. Walter Hagemann, habe in der DDR um politisches Asyl ersucht. Gibt es bei uns in der Bundesrepublik also politische Verfolgung? Nach den meisten Zeitungen zu urteilen, nicht. Der Meldung der „WELT“ war zu entnehmen, Hagemann habe sich der Vollstreckung eines Haftbefehls wegen dringenden Tatverdachts eines Sittlichkeitsverbrechens entzogen. Gehen wir den Dingen einmal auf den Grund.

Der „Fall Hagemann“ beginnt im Jahre 1958. Dieses Jahr wird wahrscheinlich in die deutsche Geschichte als ein Schicksalsjahr eingehen. Es war das Jahr, in dem der Bundestag den Beschluß zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr faßte und zugleich das Jahr, in dem in der Bundesrepublik die Antiatombewegung entstand. Einer derjenigen, die im Jahre 1958 ihre Stimme erhoben, nachdem sie bisher zu allem geschwiegen hatten, war Professor Hagemann.

Professor Hagemann war kein Unbekannter. Bereits in der Weimarer Zeit Chefredakteur des Zentrum-Organs „Germania“, nach 1945 Mitbegründer der CDU, war er nach dem zweiten Weltkrieg auf den Lehrstuhl für Publizistik der Universität Münster berufen und zum Direktor des publizistischen Instituts bestellt worden. Hagemann hatte sich durch mehrere Werke als Wissenschaftler einen bedeutenden Ruf erworben; aber was bei seinen Schülern vor allem zählte und seinem Institut die Anziehungskraft verschaffte: er war ein Meister der journalistischen Praxis. Wer einmal einen Aufsatz von Hagemann gelesen oder eine Rede von ihm gehört hat, war beeindruckt von der völlig unpathetischen und phrasenlosen Nüchternheit dieses Mannes, der die Kunst der politischen Analyse beherrscht.

Hagemann, der bis 1958 nur gelegentlich Artikel für einige Zeitungen geschrieben hatte, stürzte sich in diesem Jahr mit ungeheurer Leidenschaft in den politischen Kampf. Nach wenigen Wochen war Hagemann in ganz Deutschland fast jedermann bekannt. Der CDU-Professor, der Katholik, der so überraschend, so treffend und so schneidend die Politik der Bundesregierung bloßlegte, wurde in der Öffentlichkeit rasch zu einem Hauptsprecher der Opposition. Seine Vorwürfe hatten um so größeres Gewicht, als man ihm, wenn man seine Vergangenheit würdigte, beim bösesten Willen kein Hinneigen zum Kommunismus vorwerfen konnte. Man tat sich schwer, wenn man ihn diffamieren wollte. Hagemann war daher 1958 ein sehr schmerzender Pfahl im Fleische der CDU.

Hagemann stand in seiner Heimatstadt Münster nicht allein. Im Jahre 1958 bildete sich, vor allem im Raum der Universität, ein Kreis von Personen, der entschlossen war, sich am

Kampf gegen die atomare Aufrüstung tätig zu beteiligen. (Die Namen — allerdings längst nicht alle — sind im Rotbuch nachzulesen). Dieser Kreis von Münster, der zum größten Teil aus Professoren, Dozenten und Studenten bestand, setzte sich im wesentlichen aus bekennenden und sehr bewußten Katholiken zusammen, die gerade auf Grund ihres Glaubens gegen eine verderbenbringende Politik aufstanden und daher auch die Autorität besaßen, um Ideologen der Re-



Prof. Dr. Walter Hagemann.

gierungspartei wie Pater Gundlach in die Schranken zu weisen. Das sehr lezenswerte Buch „Atomare Kampfmittel und christliche Ethik“ ist ein Dokument dieses von Münster ausgehenden Widerstandes.

Hagemann nahm in diesem Kreis eine gewisse Sonderstellung ein. Auch er war ein Mann, dessen politisches Bewußtsein vom Christentum geprägt war. Aber in dem Kreis von Münster war er der „harte Realist“, der weit politischer dachte als zahlreiche seiner Kollegen, für die der Widerstand allein eine Angelegenheit des Moralischen war. Hagemann war es, der darauf drängte, diesen moralischen Protest in politische Aktion umzusetzen. Er galt darum — wahrscheinlich mit Recht — als der „Gefährlichste“.

Verständlich, daß versucht wurde, diesen Mann „abzuschießen“. Ein Anlaß war bald gefunden. Hagemann, dem die Wiedervereinigung nicht nur ein Lippenbekenntnis bedeutete, war nach Ost-Berlin gefahren und hatte auf einer Tagung der „Nationalen Front“ einige politische Thesen aufgestellt, beileibe keine SED-Thesen; er hatte seinen bekannten Standpunkt ohne Zusätze und Abstriche vertreten. Nichts an dem, was er gesagt hatte, war etwa juristisch angreifbar, aber es war eben in Ost-Berlin gesagt worden. Das war Grund genug, ein Dienststrafverfahren

einzuleiten, weil er nicht die einem Beamten gebotene „Mäßigung und Zurückhaltung im politischen Auftreten“ geübt hatte. Es war dies das erste Verfahren, in dem man die Beamtengesetze dazu heranzog, die Meinungsfreiheit der Hochschullehrer zu beschränken. Kultusminister Schütz mochte wohl selbst spüren, auf wie schwachen Füßen seine disziplinarischen Vorwürfe insoweit standen. Im Laufe dieses Verfahrens wurde nun etwas unternommen, was den „Fall Hagemann“ zu dem zugleich schmutzigsten und bekanntesten Fall des Rufmordes machte. Die gegen Hagemann erhobenen Anschuldigungen privater Verfehlungen sind in der Presse so ausführlich breitgetreten worden, daß sich hier eine Berichterstattung erübrigt. Es verdient nur folgendes festgehalten zu werden: Die Art, wie man sich „Beweismaterial“ gegen Hagemann verschaffte, war Intrigenspiel; es wurde von amtlicher Seite versucht, Zeugen zu beeinflussen; man hat Hagemann das erpresserische Angebot gemacht, das Disziplinarverfahren einzustellen, wenn er seine politische Aktivität aufgäbe; die Art, wie die zuständige Strafkammer des Landgerichts Münster bei der Einleitung des nachfolgenden Strafverfahrens vorging, ließ fast zwingend auf ihre Befangenheit schließen. Es wirft ein ganz besonderes Licht auf diesen Fall, daß ausgerechnet jener Dr. Heukamp Vorsitzender dieser Kammer ist, auf dessen Konto das Fehlurteil gegen Maria Rohrbach geht. Hagemann ist nach seiner eigenen Erklärung, die von der westdeutschen Presse totgeschwiegen wurde, geflohen, nicht, weil er das Recht, sondern weil er ein Gericht fürchtete, das fundamentale Grundsätze des Rechts verletzt habe. Er hat nach seiner Flucht in die DDR um ein Verfahren gegen ihn gebeten, in dem die gegen ihn erhobenen Vorwürfe untersucht werden sollen. Man sollte sich sehr hüten, Hagemanns Flucht als Beweis seiner Schuld anzusehen.

Ob Hagemann nun schuldig oder unschuldig ist, die gegen ihn angewandten Methoden sind schmutziger als das, was man ihm vorwirft. Niemand soll sagen, wir lebten in einem Rechtsstaat, der solche Dinge eben verfolgen müsse; denn die angeblichen Vorfälle lagen Jahre zurück und niemand hatte sich darum gekümmert, solange Hagemann noch CDU-Mitglied war. Hier spielt eine politische Technik eine Rolle, die Heydrich erfunden hatte, der sich selbst rühmte, über jeden etwas zu wissen. Ausgerechnet eine „christliche“ Partei hat diese Technik übernommen und damit das politische Leben der Bundesrepublik innerhalb von 10 Jahren fast unheilbar vergiftet.

Der Fall des Professors Wegner ist vielleicht noch bezeichnender. Wegner, eine Koryphäe auf dem Gebiet des Strafrechts, schon mit 28 Jahren ordentlicher Professor, ist wie Hagemann bekennender Katholik; aber wenn man Hagemann vielleicht mit dem heute gängigen Begriff des „Linkskatholiken“ bezeichnen kann,

so trifft er auf Wegner in keiner Weise zu. Wegner ist, um es etwas drastisch zu sagen, ein Konservativer von echtem Schrot und Korn. Er bezeichnete sich gern als Monarchisten, obwohl er natürlich wußte, daß sich in Deutschland keine Monarchie mehr restaurieren läßt; gegenüber Hitler und den Nazis erwies er sich als kompromißloser Verteidiger der Weimarer Demokratie. Das war für ihn kein Widerspruch; denn für Wegner ist der Staat als Ordnungsmacht der zentrale Begriff. Er pflegte in Vorlesungen zu sagen, daß die staatliche Ordnung den Menschen lebensnotwendig sei und maß ihr darum einen überragenden Wert bei. So erscheint es völlig konsequent, daß er einerseits ein Verehrer der preußischen Tradition war und zugleich dem Sozialismus höchste Achtung zollte, obwohl er stets betonte, kein Sozialist zu sein.

Diese Vorstellung kann man nun teilen oder nicht teilen, auf jeden Fall gibt es in Deutschland eine große Zahl zum Teil sehr bedeutender Leute, die diese Ansicht vertreten. Was Wegner zur Zielscheibe der Rufmörder machte, war die Tatsache, daß er unter der deutschen Spaltung litt. Auf eine Einladung der Nationalen Front hin fuhr Wegner, dem Vorbild Hagemanns folgend, nach Ost-Berlin, wo ihm die Möglichkeit geboten wurde, völlig frei und ohne Zensur seine Vorstellungen über die Wiedervereinigung Deutschlands zu entwickeln. Als Wegner von Ost-Berlin zurückkehrte, wartete — nicht der Verfassungsschutz, sondern der Psychiater auf ihn. Das war ein Trick, der einem wegen seiner Unverschämtheit geradezu die Sprache verschlug. Man erteilte Wegner den Dienstbefehl, sich in psychiatrische Behandlung zu begeben, und Kultusminister Schütz erklärte vor der Öffentlichkeit, der Fall Wegner sei „kein politischer, sondern ein medizinischer Fall“.

Man muß sich einmal klarmachen, was das bedeutet. Ein anerkannter Gelehrter, der auf seinem Fachgebiet Bedeutendes geleistet hat, soll hier mit einem Dienstbefehl in eine Irrenanstalt gesteckt werden. Darüber hinaus suspendierte man ihn mit sofortiger Wirkung vom Dienst, nachdem man zunächst versucht hatte, ihn dazu zu bewegen, um seine vorzeitige Emeritierung nachzusuchen. Verständlich, daß Wegner, wie dies jeder Mann von Ehre getan hätte, die Demütigung, die man ihm zufügen wollte, nicht hinnahm. Er bat in der DDR um politisches Asyl. Es klingt wie ein schlechter Scherz: im anschließend durchgeführten Disziplinarverfahren konnte nur der Punkt der „unberechtigten Entfernung vom Dienst“ aufrecht erhalten werden.

Dieser Fall hat noch ein charakteristisches Nachspiel. Bekanntlich gibt es Nachrichtenbüros, deren selbstgestellte Aufgabe darin besteht, mehr oder weniger wahrscheinliche „Nachrichten aus dem Osten“ frei zu erfinden. Vor kurzem trat Wegner auf einer Veranstaltung in Berlin durch einen Diskussionsbeitrag erneut an die Öffentlichkeit. Dieser Diskussionsbeitrag wurde in der westlichen Presse, soweit überhaupt, völlig entstellt wiedergegeben. Prompt berichtete ein

derartiges Nachrichtenbüro, Wegner sei „in der Ostzone für verrückt erklärt und in eine Heilanstalt eingewiesen worden“. Allerdings kam kurz darauf das Dementi, daß derartigen Meldungen meist auf den Fuß zu folgen pflegt, aber immerhin, die Meldung hatte ihre Wirkung getan.

Noch nach dem Dementi entblödete sich eine westdeutsche Illustrierte nicht, aus dem Fall eine Glosse herauszuschlagen. Diese Glosse ist nach Inhalt und Ton ein so reines Rufmordbeispiel, daß wir sie hier wiedergeben wollen.

„Wollen wir unsern Kaiser Wilhelm wiederhaben?“

Diese Frage ist nur noch eine... Scherzfrage. Für verrückt erklärt wur-



Prof. Dr. Arthur Wegner. Bild: dpa

de denn auch ein deutscher Professor, der — nach einer planmäßigen Absetzbewegung vom westfälischen Münster zum sächsischen Leipzig — während einer Diskussion in Ost-Berlin mit gesamtdeutschem Augenaufschlag und nationalbetontem Seelenbibbern vorschlug, die „Landesfürsten“ Konrad Adenauer und Walter Ulbrich sollten sich auf einen neuen deutschen Kaiser einigen.

Mit dem Traum von Kaiser und Reich steht dieser Professor nicht allein da — weder in der einen noch in der anderen Hälfte unseres Landes. Weil die Gedankenfreiheit in der westlichen Hemisphäre die Narrenfreiheit einschließt, läßt man die Träumer hier laufen und reden, während sie hinter dem Brandenburger Tor in einer Heil- oder Unheilanstalt zum Schweigen gebracht werden...

Eine Bekannte Professor Wegners verlangte eine Berichtigung. Schließlich erhielt sie auch eine Antwort. Wir zitieren wörtlich:

„Zu einer Richtigstellung, wie sie von Ihnen in Ihrem Schreiben vom 11. 5. und in einer weiteren Zuschrift vom 25. 5. gefordert wird, besteht keine Veranlassung, weil in dem Beitrag, den Sie kritisieren, kein Name irgendeiner Persönlichkeit, auf die sich Ihr Berichtigungsbegehren beziehen könnte, genannt wurde.“

Wir wollen im Gegensatz zu den Praktiken dieses Herrn Namen nennen und ihn damit ein für alle Mal als Rufmörder brandmarken. Es handelt sich um Werner Höfer, den neuen Chefredakteur der „Neuen Illustrierten“, Köln.

Das Pentagon riskiert atomaren Zufallskrieg

Infolge von Fehlern im amerikanischen Militärsystem könnte ein atomarer Zufallskrieg ausgelöst werden, gab ein hoher Beamter des Pentagons heute zu.

Die Regierung der USA hatte bisher stets behauptet, daß eine zufällige Auslösung ihrer H-Bomben-Raketen ausgeschlossen sei. Der Beamte — Dr. Marvin Stern, stellvertretender Direktor für Forschung und Technik am amerikanischen Verteidigungsministerium — arbeitet in einem Komitee des Pentagons, das Fehler finden und ausmerzen soll. Dr. Stern schlägt lt. „Saturday Evening Post“ vor, an allen Atomwaffen Schließvorrichtungen anzubringen. Die hohen Beamten des Pentagons scheinen sich diesem Vorschlag zu widersetzen. Sie glauben, daß solch ein verwickeltes Sicherheitssystem einen Gegenschlag verhängnisvoll verzögern könnte, wenn Rußland zuerst angreifen sollte. Dr. Stern verlangte von General Lyman Lemnitzer, dem gegenwärtigen Generalstabschef, eine gründliche Untersuchung des Vorfalles im Januar, der beinahe den Ausbruch eines Zufallskrieges zur Folge gehabt hätte. Nach „Saturday Evening Post“ empfing eine US-Radarstation in Grönland Echos des aufgehenden Mondes — und meldete sie als sowjetische Raketen, die auf Amerika zusteuerten. Da die Besatzung des betreffenden H-Bombers mißtrauisch war, wurde die Meldung nachgeprüft und der Fehler wurde entdeckt.

Das Pentagon-Komitee soll angeblich zahlreiche Fehlerquellen entdeckt haben, von denen ein nuklearer Zufallskrieg seinen Ausgang nehmen könnte: Insbesondere handelt es sich um mögliche Fehler bei der Überwachung, um technisches oder menschliches Versagen. Die „Saturday Evening Post“ enthüllte allerdings keine Einzelheiten.

Zwei ehemalige Offiziere der Luftstreitkräfte, ein Physiker und ein Psychologe, untersuchten die Männer, die in den Kontrollräumen des US-Verteidigungssystems „am Druckknopf sitzen“, auf Möglichkeiten des Versagens. Die psychologische Belastung jener Schlüsselfiguren, die verantwortlich für den Druck auf den Knopf sind, soll angeblich Anlaß zu Bedenken geben. Daily Herald, 29. 5. 61

Erfolg

Tokio. Etwa 30 000 Demonstranten marschierten am Abend des 2. Juni vor dem Parlament in Tokio auf und protestierten gegen ein von der Regierung vorbereitetes Notstandsgesetz. Zu der Demonstration hatte u. a. die Sozialistische Partei, der Gewerkschaftsverband Sohyo und der Studentenverband Zengakuren eingeladen. Eine weitere Demonstration, bei der es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, fand unter Beteiligung von 15 000 Personen in Osaka statt. Die Regierung hat den umstrittenen Gesetzentwurf inzwischen zurückgezogen.

IdK

Raketenprotest

Datteln. Der Landesverband der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) führte am Samstag, dem 3. Juni 1961, bei strömendem Regen in Datteln (Westfalen) eine Protestaktion gegen die Einrichtung von Raketenabschlußbasen in Deutschland, speziell für Datteln, durch.

Man hatte zu diesem Zweck für die um 11 Uhr vorgesehene öffentliche Kundgebung auf dem Platz Tigg zwei riesige Raketen-Attrappen auf einen Lkw aufgebaut. Für das in der Mitte aufgestellte Rednerpult bildeten diese eine gute Kulisse. Die Teilnehmer der öffentlichen Kundgebung wurden bei starkem Regenschauer von Alois Stoff und Frau Prof. Dr. Riemeck begrüßt. Regenschau waren selbst die erschienenen Presseleute nicht, die sich bemühten, Frau Prof. Riemeck ins Bild zu bekommen. Es waren anwesend das englische Fernsehen, das kanadische Fernsehen, „Fox Tönende Wochenschau“ und das deutsche Fernsehen. Um dem Vortrag von Frau Prof. Dr. Riemeck und Herrn Pfarrer von Oppen angesichts des anhaltenden Regens besser folgen zu können, wurde die Kundgebung in das gleich am Platze liegende Filmtheater „Central“ verlegt.

Im Nu waren alle 350 Sitze des Kinos besetzt, und der Saal war überfüllt. Datteln ist eine kleine Stadt von 27 000 Einwohnern. Herr Pfarrer von Oppen führte u. a. an, daß trotz des Protestes der Bevölkerung von 5000 Unterschriften an das Bundeskanzleramt Herr Adenauer mitgeteilt habe, daß die Bevölkerung für die „Freiheit“ Opfer bringen müsse. 8 Tage zuvor habe Herr Brandt in Datteln gesprochen. Der Kanzlerkandidat hat es jedoch nicht für nötig befunden, trotz des bevorstehenden Protestes und der drohenden Gefahr für Datteln, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Herr Pfarrer von Oppen wörtlich: „Herr Brandt ist ein Kavalier! Er hat alles der hochverehr-

ten Frau Prof. Dr. Riemeck überlassen.“ Frau Prof. Dr. Riemeck klärte mit ihrem ausgezeichneten Referat die Bevölkerung in erster Linie über die Gefahren einer atomaren Rüstung auf. In bezug auf Raketenbasen wie Magneten für den Gegner wirken. Der Gegner würde daher immer zuerst die Punkte zuerst unschädlich machen, die für ihn eine Gefahr bedeuten. Für den mutigen Einsatz im Kampf gegen die Aufrüstung und den kalten Krieg wurde Frau Professor andauernd Beifall zuteil.

Nach Schluß der Protestkundgebung reihten sich 200 Personen in den Demonstrationzug ein, 42 plakatierte Fahrzeuge schlossen sich an das Ende der Marschkolonne an. Zahlreiche Transparente wurden im Zug mitgeführt. Besonders aktuell war eins, das auf die Wiener Begegnung hinwies mit dem Wortlaut: „Herr Chruschtschow und Herr Kennedy, Schluß mit dem Rüstungswahnsinn!“ Die Veranstalter hatten es abgelehnt, dem Polizeipräsidenten vorher die Transparente schriftlich mitzuteilen und „genehmigen“ zu lassen.

Die Demonstranten zogen etwa 1 1/2 Stunden durch die Straßen der Stadt. Durch Sprechchöre und Antikriegslieder wurde die Bevölkerung beeindruckt und aufmerksam gemacht. Am Schluß sagte der Dattelner Pfarrer allen für die Unterstützung des Protestes seinen Dank.

Die Aktion wurde trotz des Regens ein voller Erfolg und zugleich für die aktive Friedensarbeit in Datteln ein guter Anfang.

Kriegsvorbereitung

Karlsruhe. In Karlsruhe wandte sich die IdK mit einem Aufruf an die Bevölkerung, als bekannt wurde, daß man plant, den im 2. Weltkrieg errichteten Luftschutzbunker Dammerstock in eine „supermoderne Anlage“ umzubauen, die angeblich wirksamen Schutz gegen moderne Waffen biete. In dem Aufruf heißt es:

„Der Zweck des Luftschutzes besteht nicht darin, die Bevölkerung tatsächlich zu schützen, sondern er soll die Kriegsmoral stärken, also die Wehrkraft und den Wehrwillen der Bevölkerung in einem totalen Krieg aufrechterhalten. Deshalb dienen Luftschutzmaßnahmen der psychologischen Vorbereitung eines Krieges, indem sie die Illusion erwecken sollen, es gäbe einen Schutz.“

Die englische Regierung, NATO-Verbündete der Bundesrepublik, hatte den Mut, der britischen Bevölkerung ehrlich und offen zu sagen: „Einen wirksamen Schutz gegen atomare Waffen gibt es nicht, da riesige Gebiete für lange Zeit radioaktiv verseucht und unbewohnbar würden.“

Aktiver Luftschutz heißt darum: Ablehnung der Atomwaffen und Verzicht auf Politik der militärischen Stärke.“

„Die Falken“

Hiroshima mahnt

Gevelsberg. Die Naturfreunde-Jugend Bergisch-Land und die Sozialistische Jugend „Die Falken“ veranstalteten ein Pfingsttreffen an der Lingseltalperre im Oberbergischen Kreis, an der eine Raketenabschlußrampe stationiert werden soll. Die geplanten Protestdemonstrationen der Jugendlichen, u. a. eine Atommahnwache und ein Fackelzug rund um den See, wurden von der Polizei untersagt. Auf einer Protestkundgebung am Pfingstamstag sprach der Landesvorsitzende der „Falken“, Bernhard Jendrejewski, zu dem Thema „Niemals ein deutsches Hiroshima“. Jendrejewski forderte den Verzicht auf Atomrüstung in Ost und West, das Verbot der Errichtung von Raketenabschlußbasen und der Lagerung von Kernwaffen auf deutschem Boden und Verhandlungen über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Am Pfingstsonntag fand ein Jugendforum statt. In einer sehr lebhaften Diskussion verurteilte ein großer Teil der Jugendlichen sowohl die Rüstungspolitik der Bundesregierung und der CDU als auch die Unterwerfung der SPD-Führung unter den CDU-Kurs. „Solchen Parteien kann man bei den Wahlen seine Stimme nicht geben“, das war das Ergebnis der Diskussion.

Professoren an Kennedy

Würzburg. Im Herbst 1960 wurde bekannt, daß am Schenkenturm bei Würzburg eine amerikanische Raketenabschlußbasis errichtet werden sollte. Die Vorbereitungen für eine Protestkundgebung waren fast abgeschlossen, als die „Nachricht“ verbreitet wurde, die Arbeiten an der Raketenbasis würden eingestellt.

Im April 1961 stellte sich heraus, daß der Bau der Raketenbasis weitergeführt wird. Sofortigen Einspruch beim Stadtrat von Würzburg beantwortete der Oberbürgermeister Dr. Zimmerer mit dem Verbot der Protestkundgebung. Er sei seit Februar von der Weiterarbeit an der Raketenbasis unterrichtet; sie werde nur vorübergehend benötigt und im Ernstfalle würden



„Wählt Atomwaffengegner in den Bundestag!“ — Eine Losung der Dattelner Protestkundgebung.
Bild: Foto-Tripp

Die Friedensbewegung in den USA

In den letzten Jahren hat in den USA die Friedensbewegung gegen den Rüstungswettlauf und für eine konstruktive Außenpolitik starken Zustrom erhalten. Tausende von Menschen aus allen Teilen der Nation marschierten in Demonstrationen, besuchten Treffen und Konferenzen oder arbeiten aktiv in örtlichen Friedensgruppen. Hunderte nahmen an „direkten Aktionen“ des gewaltlosen Widerstandes gegen die Gefahr der atomaren Vernichtung teil. Ein gutes Beispiel für die wachsende Aktivität der Kräfte des Friedens in den Vereinigten Staaten sind die Massendemonstrationen gegen die zivilen Verteidigungsmanöver und die Errichtung von Atombomben-Schutzräumen, die vor kurzem im Gebiet von New York stattfanden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß es in New York ein Gesetz gibt, das die Nichtbefolgung der Anordnungen innerhalb derartiger Übungen zu einer Straftat macht, die mit einer Gefängnis- oder Geldstrafe geahndet wird. Trotz dieses Gesetzes gingen über 3500 Personen in New York und Tausende andere in den übrigen Teilen des Staates während der letzten Übung nicht den Schutzraum. 65 Personen wurden festgenommen und einige zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Aber gerade diese Demonstration ist nur ein Beispiel einer wachsenden Zahl von Widerstandsdemonstrationen für den Frieden. Gegenwärtig durchqueren 35 Personen in einem Friedensmarsch die Vereinigten Staaten. Auf dem Wege finden sie Gelegenheit, mit Tausenden von Menschen in der ganzen Nation zu sprechen.

Vielleicht ist aber die Entwicklung der Massenfriedensdemonstrationen in den USA am wichtigsten. Gruppen wie das „Nationale Komitee für eine vernünftige Atompolitik“ (National Committee for a Sane Policy) sind im letzten Jahr

stark angewachsen. Örtliche Komitees wurden in den meisten Großstädten gegründet. Im Bereich der Hochschulen hat im letzten Jahr die „Studentische Friedensunion“ (Student Peace Union) außerordentlich großen Zustrom erhalten. Mit den angegliederten Gruppen an mehr als 70 Hochschulen ist die „Studentische Friedensunion“ die größte Friedensorganisation der Studenten in den USA. Ihr Informationsmaterial erreicht in jedem Jahr mehr als 100 000 Studenten. Die Aktivität der Studenten bildet einen wichtigen Teil der politischen Aktionen in den USA. Offenbar fällt es Studenten leichter als Erwachsenen, ihre politische Überzeugung offen, auch in Demonstrationen, zum Ausdruck zu bringen. Die Aktionen der „Studentischen Friedensunion“ umfassen Petitionsfeldzüge in der Art, wie sie durch den Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling unternommen wurden, Aufklärungsprogramme sowie Demonstrationen des gewaltlosen Widerstands.

Kürzlich kamen 180 Vorsitzende studentischer Gruppen in Ohio zusammen, um die Probleme und Aussichten der studentischen Bewegung zu diskutieren. Sie entwarfen eine Erklärung, die die amerikanische Regierung auffordert, einseitige Initiative für die Abrüstung zu ergreifen. Die Regierung solle sinnvolle Aktionen unternehmen, die der Welt beweisen könnten, daß die USA wirklich ein Staat sei, in dem menschliche Freiheit und die Ziele der Abrüstung etwas gelten. Die Versammlung veröffentlichte noch eine weitere Erklärung, in der sie sich klar von den beiden Machtblöcken der Welt distanzierte und unterstrich, daß Ost und West gleich große Schuld an dem augenblicklichen Engpaß in den Abrüstungsgesprächen treffe. Die „Studentische Friedensunion“ forderte alle Staaten

auf, für die Freiheit zu kämpfen und beklagte die amerikanische Einmischung in die internen Angelegenheiten Kubas, wandte sich aber auch gegen eine sowjetische bewaffnete Intervention in Laos.

Die „Studentische Friedensunion“ arbeitete auf einer breiteren Basis mit vielen anderen Friedensorganisationen der Vereinigten Staaten zusammen, um ganze Serien von Massendemonstrationen zivilen Ungehorsams zu unterstützen, die in den ersten Apriltagen stattfanden. Im ganzen nahmen 65 000 Amerikaner an Massensammlungen in den größeren Städten teil. In New York marschierten 3500 für den Frieden. Chikago war der Schauplatz eines Friedensmarsches, an dem 2 Tage lang über 40 Meilen 12 000 Menschen teilnahmen. Die Studenten spielten in all diesen Aktionen eine wichtige Rolle.

Die Grundlage der studentischen Friedensbewegung ebenso wie die der allgemeinen Friedensbewegung in den USA ist die tiefe Sorge um Frieden und Freiheit. Die Amerikaner machen sich wenig Illusionen über politische Absichten der beiden Machtblöcke. Die Friedensbewegung weiß, daß sie die Führung bei der Entwicklung eines Weges übernehmen muß, auf dem Spannung und kalter Krieg überwunden werden können und dem Wettrennen ein Ende gesetzt werden kann. Bis heute ist es den Friedensorganisationen noch nicht gelungen, eine wirklich wichtige Kraft im politischen Leben Amerikas zu werden. Sie haben sich jedoch in den letzten Jahren gewaltig vergrößert und sind außerordentlich lebendig und aktiv. Im Wachsen der Friedensbewegung liegt Hoffnung auf einen konstruktiven Umschwung in der Politik der Vereinigten Staaten. Mitglieder der Regierung beginnen, einige Gedanken der Friedensbewegung ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Ebenso wichtig wie diese allerdings kleine Anerkennung von Regierungsseite ist der Beginn einer Aufweichung der politischen Starre, die in der McCarthy-Aera die USA befallen hatte. Zum ersten Male seit damals wird heute, und zwar nicht nur unter Studenten, in sinnvoller Weise wieder über politische Fragen diskutiert. Die gewaltlosen Aktionen für Rassengleichheit in den Südstaaten haben den Weg gezeigt.

Wir alle hoffen, daß wir genug Zeit haben, eine atomare Vernichtung zu verhindern. Wir, hier in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt, führen einen schweren Kampf um eine Alternative zum gegenwärtigen kalten Krieg zwischen Ost und West zu bewirken und den neuen Staaten in Afrika und Asien wirkliche Freiheit und Demokratie zu gewähren und aufzuzeigen, daß die Menschen in aller Welt wirkliche Demokratie und wirtschaftliche Zusammenarbeit wollen und sich mit leeren ideologischen Phrasen nicht abspeisen lassen. Dies betrachten wir als Sinn unserer Arbeit.



Die Idk führte in Datteln eine Protestkundgebung durch, in der sie sich gegen den Bau einer Raketenbasis in unmittelbarer Nähe der Stadt wandte. Tausende von Einwohnern Dattelns beteiligten sich an dem anschließenden Protestmarsch.

von hier aus nur „kleinste“ Atom-
bomben eingesetzt.

Die Bevölkerung Würzburgs betrach-
tet diese Bagatellisierung der Gefahr
als eine Herausforderung. Auf einer
Protestkundgebung sprachen die be-
kannten Würzburger Professoren
Schaltenbrand, Rauhut, Noack, Franz
Paul Schneider und der SPD-Abgeord-
nete Hansheinz Baur. Neun Profes-
soren der Universität Würzburg —
Ackermann, Aufhauser, Eilen, Kieser,
Noack, Pfister, Rauhut, Rietschel und
Schaltenbrand — wandten sich in ei-
nem offenen Brief an Kennedy, in
dem sie ihn aufforderten, die Rake-
tenabschlußbasis zu entfernen.

Expansionsdrang

In der Zeitschrift „Soldat und Tech-
nik“, die in Zusammenarbeit mit dem
Verteidigungsministerium zur Informa-
tion der Truppe herausgegeben wird,
heißt es, die Bundeswehr benötige
noch über die 57 000 ha Land hinaus,
die sie jetzt schon in Anspruch nimmt,
weitere 22 000 ha. 7000 ha kämen
noch für die Stationierungstruppen
hinzu.

Ein schlagendes Beispiel für den Ex-
pansionsdrang der Bundeswehr bietet
der Fall des Landkreises Roding im
Oberfränkischen Wald. Dort, in einem
der Notstandsgebiete der Bundesre-
publik, versprach man sich von der
Errichtung eines Truppenstandortes
wirtschaftliche Hilfe und wandte sich
direkt an Bundesverteidigungsminister
Strauß. Die Bundeswehr griff zu. Bald
gab sie sich jedoch nicht mehr mit
dem Platz für die Kasernen und dem
bisherigen Übungsgelände zufrieden;
sie forderte weitere 20 qkm für Trup-
penübungsplätze. Das bedeutet das
Ende für zahlreiche Bauernhöfe in
diesem Gebiet. Verständlich, daß die
Bevölkerung im Landkreis Roding über
die Bundeswehr und ihre Verwaltung
verbittert ist.

Aktionsgemeinschaft

Raketen - Raumfahrt Rüstung

Hamburg. In der Zeit vom 6. bis 12.
Juni veranstaltete die Hamburger
Aktionsgemeinschaft gegen die ato-
märe Aufrüstung eine Vortragsreihe,
auf der der bekannte Journalist und
ehemalige höhere Offizier Hans Mo-
ritz von Frankenberg und Proschlitz
sprach. Die Vortragsreihe stand unter
dem Thema „Raketen, Raumfahrt,
Rüstung“. Obwohl die Veranstaltun-
gen nicht allzu gut besucht waren,
ergab sich doch in zahlreichen an-
schließenden, oft sehr lebhaft geführ-
ten Diskussionen, daß die Gefahr, die
aus der Raketen- und Atomrüstung
der Bundesrepublik erwächst, von der
Bevölkerung als sehr ernst empfunden
wird. Als ersten möglichen Schritt
zu einer Entspannung bezeichnete
von Frankenberg die Durchführung des
Rapackiplans, der die Errichtung einer
atomwaffenfreien Zone in Mittel-
europa vorsieht. Von Frankenberg
wies unter Anführung zahlreicher mili-
tärischer Gesichtspunkte nach, daß
dieser Plan durchaus nicht etwa ein-
seitig den Osten begünstige, sondern
gerade von ihm erhebliche Zugestän-
nisse verlange.

Das Rüstungsfieber steigt

Bundesverteidigungsminister Strauß hat
in London das Einverständnis Watkin-
sons erreicht, daß deutsche Panzer
englische Truppenübungsplätze benut-
zen dürfen. Die Nachricht hat in Eng-
land sensationell gewirkt.

Die englische Wochenzeitschrift „Rey-
nolds News“ schreibt, daß die Themen
„Truppenübungsplätze für die Bundes-
wehr in Großbritannien“ und „NATO-
Atomwaffen für Deutschland“ in Eng-
land leidenschaftliche Gefühlsäußerun-
gen auslösen und zum Hauptangriffs-
punkt der britischen Atomwaffen-
gegner werden könnten.

*

Der stellvertretende amerikanische
Verteidigungsminister Gilpatrick hat
in mehreren Reden der Annahme wi-
dersprochen, daß Amerika Atomwaf-
fen nur im „großen Krieg“ einsetzen
werde. Trotz der Stärkung der kon-
ventionellen Schlagkraft dürfte die
atomare Schlagkraft nicht abgebaut
werden. Der Einsatz von taktischen
Atomwaffen in begrenzten Ausein-
andersetzungen, die zunächst nicht ato-
mar geführt würden, dürfe nicht aus-
geschlossen werden.

*

Der Luftwaffenminister der USA, Zuk-
kert, gab in einem Fernsehinterview
zu, daß sich die USA auf die Wirksam-
keit ihrer Interkontinentalraketen
nicht verlassen könnten; daher werde
der bemannte Bomber noch lange Zeit
von Bedeutung bleiben.

*

Die Vereinigten Staaten haben in der
Eifel eine Geschwader ihrer modern-
sten Überschallbomber (vom Typ
Thunderchief) stationiert, die im Ernst-
fälle Wasserstoffbomben fliegen kön-
nen. Das Flugzeug erreicht doppelte
Schallgeschwindigkeit.

*

US-Heeresminister Stahr kündigte bei
der Inspektion in Berlin eine beschleu-
nigte Erhöhung der Schlagkraft der
amerikanischen Einheiten in Berlin
an. Diese Streitkräfte erhalten jetzt mit
Vorrang „modernste Waffen“. Der
neuernannte Vorsitzende des
Militärausschusses der NATO, Heu-
singer, erklärte am 22. Mai in Frank-
furt, die Bundeswehr werde weiter an
Kernwaffen ausgebildet; die Spreng-
köpfe sollten jedoch nach wie vor in
der Hand der US-Streitkräfte bleiben.
Entgegen anderslautenden Gerüchten
sei eine Schwächung der atomaren
Streitkräfte nicht geplant.

*

Der Rat der westeuropäischen Union
beschloß am 24. Mai, der Bundes-
marine die Genehmigung zum Bau
von acht 6000-t-Zerstörern zu geben
(bisherige Höchsttonnage: 3000 t). Der
britische Abgeordnete Allaun sagte
zu dem Beschluß der WEU, die Ver-
größerung der deutschen Kriegsschiffe
könne nur den Zweck haben, sie stark
genug zu machen, um nukleare Rake-

ten zu tragen. „Ich lehne das aufs
schärfste ab“, sagte der Abgeordnete,
„und traue nicht den deutschen Be-
fehlshabern, die unter Hitler gedient
haben“.

*

Bundeskanzler Adenauer forderte in
Hamburg „Atomwaffen“ für die Bun-
deswehr, ohne auf den Unterschied
von Atomwaffenträgern und Atom-
sprengköpfen einzugehen. Die Sozial-
demokratische Partei sieht darin
einen Widerspruch zur bisherigen Re-
gierungspolitik, mit der sie sich im
Grundsatz einverstanden erklärt hat.

*

Neue Lieferungen von Jagdflugzeugen
aus den USA und Italien für die Bun-
deswehr hat die Luftwaffe bestellt.
Die neue Bestellung in den USA um-
faßt 54 Starfighter-Flugzeuge vom Typ
Lockheed TF-104 G. Nach Abschluß
aller Lieferungen wird die Bundes-
wehr über insgesamt ca. 800 Maschi-
nen vom Typ Starfighter verfügen. Die-
ses Flugzeug ist zum Transport von
Atombomben geeignet. Inzwischen
wurde auch eine Lizenz zum Bau die-
ses Flugzeugtyps in der Bundesre-
publik erteilt. In einem „Fünf-Nationen-
Projekt“ sollen insgesamt 1000 Start-
fighter produziert werden.

*

Die künftige NATO-Planung bringt
nach Erklärungen von Bundesvertei-
digungsminister Strauß und General
Foertsch für die Bundeswehr keine
tiefgreifenden Änderungen. Das
NATO-Planungs-Dokument, das den
MC-70-Plan Ende 1962 ersetzen soll,
sieht auch in den kommenden Jahren
ein „ausgewogenes System“ von kon-
ventionellen Streitkräften und Atom-
waffen für die „Strategie der Ab-
schreckung“ vor. Abgesehen von
Flugabwehrraketen sind für die Bun-
deswehr an Atomwaffenträgern die
„Honest John“-Rakete und die 203-mm-
Atomkanone, darüber hinaus „Ser-
geant“- und „Pershing“-Raketen ein-
geplant.

Konferenz aller Atomwaffengegner!

Berlin. Gegen die atomare Aufrüstung
in Ost und West haben sich die 124
Delegierten der Jugendkonferenz der
Deutschen Postgewerkschaft gewandt.
Sie setzten sich auf einer Zusammen-
kunft in Berlin für eine Tagung aller
Atomwaffengegner an einem zen-
tralen Ort der Bundesrepublik ein.
Die Delegierten erinnerten den Vor-
stand des Deutschen Gewerkschafts-
bundes daran, daß ein entsprechender
Beschluß schon auf einer Konferenz
der Gewerkschaftsjugend gefaßt wor-
den sei. Dieser Beschluß müsse bald
verwirklicht werden.

In derselben Entschließung wenden
sich die Delegierten gegen jede Ein-
schränkung der Grundrechte durch Not-
stands- und Notdienstgesetze.

Wiedervereinigung und atomare Aufrüstung

Ein Beitrag zur Diskussion über das Problem der Freiheit

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Verleger Dr. Bucerus fährt mit einer Redaktionsmannschaft nach Ost-Berlin und diskutiert mit Vertretern des Deutschlandsenders über Wege und Möglichkeiten der Wiedervereinigung. Überraschend ist diese Aktion, überraschend aber auch das Thema. Ist denn nicht, wie Professor Vogel in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ schrieb, die Wiedervereinigung längst ad acta gelegt? Sicherlich ist die Wiedervereinigung Deutschlands heute kein Problem, das in der politischen Praxis behandelt wird, wenn sie auch nach wie vor auf der Tagesordnung steht. Die Ursachen sind bekannt. Die Entscheidung des Westens, die Bundesrepublik in die NATO zu integrieren, war zugleich eine Entscheidung gegen das neutrale Gesamtdeutschland. Wie Dr. Dehler im Bundestag von der Berliner Konferenz 1954 berichtete, war jedermann, vor allem Konrad Adenauer, diese Alternative klar. Es wäre auch merkwürdig, daß ein Politiker wie Adenauer nicht bemerkt haben sollte, daß eine Wiedervereinigung ein Unding ist, wenn der eine Teil einem gegen den anderen gerichteten militärischen Bündnis beitreten will.

Im Grunde haben sich die Verhandlungspositionen auch heute nicht verändert. Befreit man sie aus ihrer formal-juristischen Hülle, so will der Westen ein wirtschaftlich und militärisch in den Westblock integriertes Gesamtdeutschland; die Sowjetunion und die DDR fordern — nicht etwa Integration in den Ostblock, sondern Herauslösung beider deutscher Teilstaaten aus den Machtblöcken, sie geben sich also mit einem neutralen Gesamtdeutschland zufrieden. An diesem Punkt ist die Diskussion 1954 stehen geblieben; begreiflich, daß Resignation um sich griff und Nehru sagen konnte, er habe den Eindruck gewonnen, niemand auf der ganzen Welt wüßte wirklich die deutsche Wiedervereinigung.

Aber wie dem auch sei, es zeichnet sich eine Wende ab, eine Wende, die zwar nicht die Grundlinien der Politik der Bundesregierung ergreift, aber doch einen Wandel der Taktik bedeutet.

Die Sehnsucht nach Wiedervereinigung ist im deutschen Volke tief verankert. Das Streben nach nationaler Einheit gehört zu dem historischen Erbe, das für alle Schichten der Bevölkerung verbindlich ist. Die bisherige Politik der Bundesregierung war nicht geeignet, diesem Streben irgendwie entgegenzukommen. Erst kürzlich verkündete Bundestagspräsident Gerstenmaier eine „Rangordnung“ der politischen Ziele, in der die „Freiheit“ weit vor der Wiedervereinigung rangiert. Mit „Freiheit“ ist allerdings nicht die Freiheit schlechthin gemeint; es ist ja bekannt, daß wir „Opfer bringen müssen“, Opfer auch an unserer Freiheit, vgl. die Notstandsgesetze. Das was die Bundesregierung unter dem „Kernbereich der Freiheit“ versteht, ist der Kampf gegen den Kommunismus; die

„Freiheit verteidigen“, heißt, einem antikommunistischen Pakt anzugehören. Gerstenmaiers Rangordnung bedeutet, daß er die Alternative erkannt hat. Wenn er die „Freiheit“ voraussetzt, dann leistet er damit Verzicht auf die Wiedervereinigung.

Das soll nun offenbar anders werden. Die Wiedervereinigung, das nationale Ziel des deutschen Volkes, soll nicht mehr wie ein Stiefkind behandelt, sondern in das politische Konzept der Bundesregierung eingebaut werden. Man wird in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr von einer Rangordnung sprechen; die Alternative Wiedervereinigung oder NATO und Atomrüstungspolitik, die bisher von der Bundesregierung selbst indirekt anerkannt wurde, wird man in Zukunft überspielen. Wiedervereinigung und „Freiheitskampf“ werden in Zukunft als in gleicher Richtung liegende Ziele gelten. Während alle bisherige Wiedervereinigungspolitik im Grunde doch davon ausging, daß die Wiedervereinigung ein Arrangement mit dem Osten voraussetzte, wird jetzt die Wiedervereinigung gegen den Osten, eine Roll-back-Politik, von Regierungsseite offen propagiert.

Vor kurzer Zeit wurde der Öffentlichkeit eine juristische Debatte vorgelegt, die für den Uneingeweihten einigermaßen geheimnisvoll wirkte. Es ging um die Frage: Ist die Bundesrepublik ein Provisorium? Diese Diskussion, in die die Bundesregierung in ihrem „Bulletin“ selbst eingriff, war auf den ersten Blick nicht als hochpolitisch erkennbar; die Folgerungen, die sich aus den diskutierten juristischen Theorien ergeben, blieben wohlweislich unausgesprochen. Zum Verständnis der Debatte muß man folgendes wissen: Im Grundgesetz der Bundesrepublik sind zwei Wege der Wiedervereinigung vorgesehen: erstens der des Beitritts zur Bundesrepublik — das ist ein freiwilliger Akt eines nicht zur Bundesrepublik gehörenden Gebietes, auf den die Bundesrepublik keinen Rechtsanspruch hat — und zweitens der Weg über die Verabschiedung einer gesamtdeutschen Verfassung, also die Neukonstituierung des Deutschen Reiches. Um die betreffenden zwei Artikel des Grundgesetzes und einige nicht ganz klare Sätze der Präambel rankte sich dann ein ganzes Theorienwerk.

Der Rechtsstandpunkt der Bundesregierung sieht so aus: Die Bundesrepublik ist identisch mit dem 1945 nicht untergegangenen, sondern fortexistierenden Deutschen Reich. Die DDR dagegen ist kein Staat, ja nicht einmal Völkerrechtssubjekt. (Wir wollen diese Theorie hier nicht kritisieren, das ist anderswo schon oft genug geschehen. Es sei hier nur angemerkt, daß sie unhaltbar ist. Nichts ist in der Entstehungsgeschichte der heute bestehenden beiden deutschen Teilstaaten rechtfertigt einen derartigen Ausschließlichkeitsanspruch der Bundesrepublik.) Diese Theorie wurde von den Hausjuristen der Bundesregierung weiterentwickelt, bis heute ihr Charakter als

einer aggressiven Ideologie unverkennbar geworden ist. Wenn die Bundesrepublik — so wird gesagt — identisch mit dem Deutschen Reich ist, so ist die DDR abgetrenntes Gebiet, ihre Regierung eine Rebellenregierung. Daraus folgt zweierlei:

1. Es gibt einen Rechtsanspruch der Bundesrepublik darauf, daß das „abgetrennte Gebiet“ wieder zurückkehrt, „angeschlossen“ wird.
2. Eine innerstaatliche Rebellion darf von der rechtmäßigen Regierung niedergeschlagen werden — das ist kein Krieg, sondern eine rein polizeiliche, innerstaatliche Maßnahme.

Die von der Regierung jetzt vorgetragene Behauptung, die Bundesrepublik sei kein Provisorium, sondern ein Definitivum, gibt dieser Theorie gleichsam die Vollendung. Aus der Möglichkeit eines freiwilligen Beitritts wurde der Anspruch der Bundesrepublik auf (notfalls gewaltsamen) Anschluß gemacht. Die Theorie vom Definitivum hebt die einzige im Grundgesetz vorgesehene andere friedliche Wiedervereinigungsmöglichkeit aus den Angeln. Ist die Bundesrepublik identisch mit dem Deutschen Reich, und zwar endgültig, dann ist es sinnlos, die Wiedervereinigung durch Bildung einer gesamtdeutschen Nationalversammlung und Verabschiedung einer gesamtdeutschen Verfassung anzustreben. Was man dadurch erreichen kann, hat man ja angeblich schon.

Wer heute die Bundesrepublik ein Definitivum nennt, sagt also unausgesprochen etwa folgendes: Die Wiedervereinigung kann nicht anders als durch den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik erfolgen; auf diesen Anschluß haben wir ein Recht; wir sind auch berechtigt, ihn gewaltsam zu erzwingen. Damit wird nicht nur in klarer Weise gegen den Wortlaut des Grundgesetzes verstoßen; wiedererweckt sind dadurch auch jene berüchtigten „Anschlußansprüche“, mit denen Hitler den 2. Weltkrieg auslöste.

Der Eingeweihte erkennt sofort, daß dies das politische Konzept des im Bundestag als Kriegshetzer gebrandmarkten William S. Schlam ist. Heute hat es sich in der Bundesrepublik weitgehend durchgesetzt. Die Leute, die sich schon vor zwei Jahren als Schlamm-Freunde zu erkennen gaben: Strauß, Jaeger, Baron von Guttenberg, von Manteuffel-Szoegge, stehen heute einen Schritt vor der Macht. Von ihnen gehen die Bestrebungen aus, die Forderung nach Wiedervereinigung aus einem nationalen Anliegen in eine offensive Parole umzufälschen. Zu dieser Politik, deren Kennworte „Befreiung“ und „Anschluß“ lauten, gehören Atombomben. Wenn man schon die Position Schlamm in ihren wesentlichen Punkten übernimmt, wenn man also das Ziel will, dann muß man auch die Mittel wollen. Schlamm schlug die glaubwürdige Drohung mit der Anwendung atomarer Waffen vor, hinter der die Bereitschaft zu ihrer Anwendung stehen müsse. Eine solche Bereit-

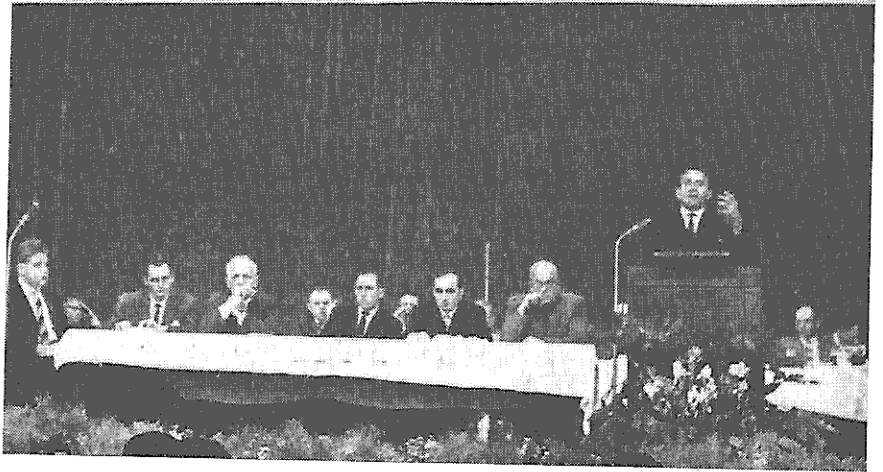
schaft ist in einigen Äußerungen maßgeblicher Bonner Politiker durchaus zu spüren.

Im allgemeinen erhält jemand, der darauf hinweist, daß die Politik des Herrn Strauß uns in einen Weltkrieg treiben könne, zur Antwort, das sei deswegen nicht wahr, weil schließlich jedermann den Frieden wolle; auch von den verantwortlichen Politikern sei bekannt, daß der nächste Krieg kollektiver Selbstmord sein würde, so z. B. Bucerius im „Zeit“-Gespräch. Wir wollen diese Feststellung nicht bezweifeln, denn sie enthält keine Widerlegung der Warnungen. Wahrscheinlich will Strauß den Frieden, die Frage ist nur, wie er ihn will. Es ist völlig belanglos, ob jemand den Frieden will, wenn er sich Ziele setzt, die augenscheinlich nur gewaltsam verwirklicht werden können, und die Erreichung dieser Ziele für wichtiger erklärt als die Erhaltung des Friedens. Genau dies ist aber die Haltung der verantwortlichen Politiker der Bundesregierung. Die „Freiheit“ steht höher als der Friede, das wurde oft genug erklärt. Strauß hat es an der notwendigen Präzisierung nicht fehlen lassen. Dem sehr verdienstvollen „Spiegel“-Artikel vom 5. April ist zu entnehmen, daß Strauß auch die Freiheit der anderen meint, daß ihm also, um es ganz klar zu sagen, die Durchführung von Befreiungsaktionen höherrangig erscheint als das dabei in Kauf genommene Kriegsrisiko.

Wenn gegen diese selbstmörderische Politik etwas getan werden soll, so muß man nach ihren Ursachen und bewegenden Momenten fragen. Der bloße Protest gegen sie gerät in die Gefahr einer blinden Aktion, wenn man nicht die Frage hinreichend geklärt hat, wovon diese Politik eigentlich lebt. Daß Deutschland heute ein Weltgefahrenherd ist, hat zwei Hauptursachen. Dazu ist nicht der Ost-West-Gegensatz zu zählen, der in der ganzen Welt im wesentlichen in der gleichen Weise wirkt, wenn er auch in Deutschland besonders greifbar ist. Vielmehr sind es einmal die vom vergangenen Krieg hinterlassenen Konfliktstoffe und Probleme, die bis heute nicht gelöst sind. Diese Konfliktstoffe geben der von Bonn betriebenen Rollback-Politik nicht nur den Anlaß, sondern sind ihr eigentlicher Motor.

Die eigentliche Sprengkraft gewinnen die Probleme des gespaltenen Deutschlands aber erst dadurch, daß die Bundesregierung danach strebt, die Mittel in die Hand zu bekommen, die es ihr ermöglichen, diese Konfliktstoffe in ihrem Sinne zu „bereinigen“. Die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ist darum das Haupthindernis einer friedlichen Wiedervereinigung. Solange sie nicht rückgängig gemacht ist, ist alles Reden von der Wiedervereinigung entweder unfruchtbar oder — noch schlimmer — Mittel einer offensiven Politik, die die Wiedervereinigung nur in noch weitere Entfernung rückt. Das einzige, was man heute für die Wiedervereinigung tun kann, ist die Klärung ihrer Voraussetzungen. Voraussetzung der Wiedervereinigung ist die Aufgabe der Atomrüstungs- und NATO-Politik, ist die Verbannung der Atombombe von deutschem Boden.

Wir stehen für Verständigung und Frieden- gegen Rüstung und Krieg!



Lorenz Knorr, Direktoriumsmitglied der DFU, spricht zu den Teilnehmern der Mülheimer Arbeiterkonferenz.
Bild: Foto-Tripp

Abrüstung Voraussetzung des sozialen Fortschritts

Mißverständnisse haben bekanntlich ein langes Leben. Eines der zählebigsten war dieses: Die Gegner der atomaren Rüstung und der NATO-Politik hätten den Menschen auf innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Fragen praktisch nichts zu sagen. Auf einem von der Deutschen Friedens-Union einberufenen Kongreß, an dem über 400 Gewerkschaftler und Betriebsräte, darunter viele Betriebsratsvorsitzende, teilnahmen, ist dieser Irrtum auch für die Öffentlichkeit mit abschließender Klarheit beseitigt worden. Das Dilemma der Sozialpolitik bestand für alle verantwortungsbewußten Politiker immer in folgendem Problem: Es gab und gibt eine Menge an sich notwendiger Projekte, über deren Berechtigung niemand streitet — niemand bezweifelt, daß Wohnungsbau, Krankenhausbau, umfassende Gesundheitsfürsorge und Versorgung im Krankheitsfalle, Kindergeld, Förderung des Schul- und Bildungswesens dringend notwendig sind — aber die zur Verfügung stehenden Mittel sind knapp. Wer sozialpolitisch aktiv werden will, der muß, das ist unbestritten, zunächst einmal sagen, wie er sich die Finanzierung denkt. Wer es nicht tut, der gerät bei dem Mann auf der Straße, insbesondere aber bei der „skeptischen Generation“, der Jugend, rasch in den Ruf eines Hochstaplers. Das ist z. B. einmal der Labour-Party in England widerfahren, die vor den Wahlen ein sehr fortschrittliches soziales Programm aufstellte, während die Konservativen kaltlächelnd nachwiesen, daß man die dafür erforderlichen Mittel für die auch von der Labour-Party als vordringlich bezeichnete Atomrüstung brauche. Dies der SPD zur Lehre.

Es ist so einfach wie das Einmaleins: Sozialpolitik kann nur auf Kosten der Rüstung betrieben werden, ebenso wie die Rüstung nur auf Kosten einer ausreichenden Sozialpolitik. Erst die Senkung der Rüstungslasten, insbesondere die Einsparung der Mittel für die

außerordentlich kostspielige atomare Aufrüstung, schiebt den Sperriegel vor jeden weiteren sozialen Fortschritt beiseite. Es entspricht daher auch zutiefst den unmittelbaren Interessen der arbeitenden Menschen, daß die Atombomben aus unserem Lande verbannt werden und der Rüstungswettlauf ein Ende nimmt. Nur eine Partei, die das anerkennt, kann heute glaubhaft soziale Forderungen anmelden.

In der Bundesrepublik gibt es nur eine Partei, die das begriffen hat und mit aller Schärfe zum Ausdruck bringt: die Deutsche Friedens-Union. Die Mülheimer Konferenz der DFU hat gezeigt, daß man sich nur mit dem Mut zur Ehrlichkeit und zur Konsequenz das Vertrauen der so oft enttäuschten Arbeiterschaft erwerben kann.



Prof. Dr. Renate Riemek (DFU) im Gespräch mit Teilnehmern einer Kundgebung.

Wettrüsten führt zum Krieg

Europäische Konferenz in Oslo

Neue Bücher

Vom 9. bis 11. Juni fand in Oslo eine „Europäische Konferenz“ statt, die von einer Gruppe prominenter Persönlichkeiten des politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens einberufen wurde. Dazu zählten insbesondere Carl Bonnevie (Norwegen), Bertrand Russell, Anthony Greenwood, Tom Driberg (Großbritannien), Danilo Dolci (Italien), Martin Niemöller, Arno Behrisch (Deutsche Bundesrepublik), Anna Seghers (Deutsche Demokratische Republik), August Spångberg, Gunnar Myrdal (Schweden), Michail Nesterow, Ilja Ehrenburg (UdSSR), Leopold Infeld (Polen), Vercors, Bernhard Lavergne (Frankreich) und Miroslav Vitorovic (Jugoslawien).

Die Konferenzteilnehmer kamen aus allen europäischen Staaten, sowohl aus dem Westen als auch aus dem Ostblock. Unter den Teilnehmern aus der Bundesrepublik (den Eingeladenen aus der DDR wurde die Einreise nach Norwegen verweigert) befanden sich der DFU-Abgeordnete Behrisch, Chefredakteur Dr. Gerhard Gleissberg, Frau Prof. K. M. Faßbinder, Prof. Griebel, Nürnberg, Viktor Wynands (DFU) und der Generalsekretär des Bundes der Deutschen, Josef Weber.

Die Konferenz erörterte die Ost-West-Problematik auf politischem, kulturellem und ökonomischem Gebiet.

In einer Erklärung wird die Politik des Wettrüstens als die eigentliche Ursache der Kriegsgefahr bezeichnet. Wörtlich heißt es:

„Die Geschichte zeigt, daß jedes Wettrüsten mit Krieg endet. Die sogenannte atomare Abschreckungsstrategie ist eine atomare Vernichtungsstrategie. Mit Waffen, die alles zerstören würden, ist es nicht möglich, irgend etwas zu verteidigen. Die Annahme jeder Seite, daß die andere angreifen will, ist falsch. Es mag wohl machtvolle Interessen an Kriegsvorbereitungen und am kalten Krieg geben; aber grundlegend wird das Wettrüsten durch gegenseitige Furcht und Argwohn aufrechterhalten, und keine der beiden Seiten will die andere angreifen. Je mehr sich beide für einen sofortigen Krieg gegen die imaginäre Gefahr einer Aggression vorbereiten, um so größer wird die wirkliche Gefahr eines Zwischenfalles, der zu einem fürchterlichen Unglück führen kann.“

Die Konferenz wandte sich ferner scharf gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr. „Deutschland muß eine Nation werden, die nicht mehr in der Lage ist, andere Nationen zu bedrohen. Dieses Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn kein Teil Deutschlands durch einen Militärpakt mit einem der zwei militärischen Machtblöcke verbunden ist.“

Vorbild: Drittes Reich

Ein Rechtsgutachten über Schröders Notdienstgesetz

Unsere Vergangenheit ist deswegen unbewältigt, weil heute, ebenso wie damals, bei aller äußeren Ruhe und Satttheit die dunklen Schatten einer großen Gefahr unübersehbar zu werden beginnen, und weil die Erinnerung an das Hitler-Reich und die Erkenntnis einiger Parallelen zu unserer heutigen Lage uns mit Schrecken erfüllen.

Vor kurzem erschien ein Gutachten des bekannten Bonner Staatsrechtlers Professor Ridder über den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Notdienstgesetzes. Dieses Gutachten enthält den an vielen Tatsachen belegten Nachweis, daß das geplante Notdienstgesetz in Wahrheit ein Kriegsdienstgesetz ist, dessen Vorbilder allein in den Dienstverpflichtungs-Verordnungen des Dritten Reiches zu suchen sind. Nichts beleuchtet blitzartiger unsere Situation als dieser Nachweis. Wir wollen uns bei den Einzelheiten dieses, wie Ridder nachweist, verfassungswidrigen Entwurfes nicht aufhalten. Das Gesetz würde praktisch gestatten, das ganze Volk in Overalls zu stecken, zu kasernieren und für Dienstleistungen heranzuziehen, die der „Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen“ (§ 1 d. Entw.). Die Verabschiedung dieses Gesetzes bedeutet die totale Mobil-

machung, man weiß was ihr zu folgen pflegt.

Es hat heute keinen Sinn mehr, zu

Wir weisen auf zwei Veröffentlichungen zum Notdienst hin: 1. Prof. Dr. Helmuth Ridder „Notdienst und Grundgesetz“, ein Rechtsgutachten, erschienen in der Zeitschrift „konkret“ Nr. 10/61, auch als Sonderdruck erhältlich. Preis pro Stück 10 Pfennig.

2. „Notdienstgesetz für Frauen? Nein“, herausgegeben von Emmi Obst, Bielefeld, Am Voßberg 5, und Irmgard de Ondarza, Karlsruhe, Lammstraße 16. Preis pro Stück 20 Pfennig.

sagen: Wehret den Anfängen! Die Anfänge sind schon längst da, wir haben nur noch die Chance, den Fortgang zu verhindern. In den neuen Bundestag müssen darum Abgeordnete gewählt werden, die die Gefahr begreifen. Das werden sicher keine parlamentarischen Routiniers sein, die genau wissen, wie man einen faulen Kompromiß oder einen Rückzug bemäntelt, sondern ganz neue Kräfte. Sie sind die Träger unserer Hoffnung.

Alan Wood

Bertrand Russell —

Skeptiker aus Leidenschaft

Ott-Verlag, Thun — München

In diesen Tagen erschien ein Photo in der Tagespresse, das englische Atomwaffengegner im Sitzstreik vor dem britischen Verteidigungsministerium zeigte. Jeder, der das Bild betrachtete, stutzte über den weißhaarigen alten Herrn, der hier mit untergeschlagenen Beinen zwischen überwiegend jüngeren Leuten auf dem Straßentpflaster von Whitehall hockte, flankiert von uniformierten Ordnungshütern, über seinem Haupt ein Transparent mit dem Zeichen der Atomwaffengegner. Der alte Herr mit dem schlohweißen Haar, den hageren Gesichtszügen, den kampflustigen Augen und dem Filzhut des biederen Bürgers auf den Knien war kein geringerer als der sehr ehrenwerte, weltberühmte Wissenschaftler, Philosoph und Nobelpreisträger Lord Bertrand Russell.

Alle Achtung vor dem alten Herrn, der sich ungeachtet seines hohen Alters von 88 Jahren mit dem „kleinen Mann von der Straße“ bei Wind und Wetter vor die Haustür des britischen Kriegsministeriums setzte, um auf diese drastische Weise gegen die Stationierung raketenbestückter amerikanischer U-Boote in englischen Häfen zu protestieren. Das hohe Ansehen seiner Person gibt jeder Petition, die seinen Namen trägt, von vornherein Autorität und Durchschlagskraft. Eine Bewegung, in deren vordersten Reihen dieser alte Kämpfer schreitet, muß auch von ihren Gegnern ernst genommen werden.

Näheres über Leben und Lebenswerk dieses Mannes zu erfahren, ist darum sicherlich ein Anliegen vieler Menschen. Die im Ott-Verlag, Thun — München, erschienene Biographie von Alan Wood kommt daher einem echten Bedürfnis entgegen. Entspricht das Buch jedoch auch den Erwartungen, mit denen der Leser eine solche Biographie in die Hand nimmt?

Der Autor nennt Bertrand Russell im Untertitel seines Buches einen „Skeptiker aus Leidenschaft“. Nun ist die philosophische Skepsis unbestreitbar ein hervorragender Zug Russells und die stets beibehaltene Methode, sich den Erscheinungen des Lebens zu nähern. Mit Skepsis betrachtete er sogar stets die Ereignisse seines eigenen Denkens und Forschens, und er weigerte sich zu allen Zeiten standhaft, unumstößliche Dogmen anzuerkennen. Das ehrt den Weisen, aber die Wandelbarkeit seiner Anschauungen, die nachgerade sarkastische Lust, mit der er bedenkenlos überholte Anschauungen bei sich selbst ausmerzen pflegte, die an seinen Zeitgenossen Bernard Shaw erinnernde Freude an der provozierenden Paradoxie — diese Symptome eines ausgeprägten Skeptizismus machen sein Lebenswerk nicht gerade leicht überschaubar. Die feuilletonistische, mit Anekdoten allzu aufgelockerte Betrachtungsweise seines Biographen Alan Wood erschwert den Zugang zu Russells Grundcharakter.

Alan Wood hält nicht zurück mit der eigenen Meinung und verwischt allzu häufig die seine mit der seines Meisters. Woods Lebensauffassung ist zweifellos noch um einige Grade skeptischer als die Russells. Er stellt gleich an die Spitze seiner Betrachtungen die sehr skeptische Behauptung: „Philosophen sind dazu da, um Fragen zu stellen, nicht um sie zu beantworten“, muß allerdings im Verlaufe seiner Darstellungen einräumen: „Ich zweifle, daß Russell selbst diese Ansicht annehmen würde.“ Er stellte nur darum philosophische Fragen, weil er wirklich die Antwort wissen wollte ... und als ich eine Zeitlang daran dachte, diesem Buch den Untertitel „Der große Fragende“ zu geben, wies er darauf hin, daß er doch einiges getan hätte, um auch Fragen zu beantworten.“

Ist aber Alan Wood schon bemüht, in der Darstellung der Russellschen Philosophie das skeptische Element zu überschätzen, so steigert er dieses Bemühen noch, sobald er auf die politische Haltung Russells zu sprechen kommt. Gewiß näherte sich der liberale englische Aristokrat Lord Russell zeit seines Lebens politischen Massenbewegungen mit Zweifel und Vorbehalten.

Als er 1895 in Berlin die deutsche Sozialdemokratie kennenlernte, notierte er in sein Tagebuch: „Eine kleine langweilige Versammlung in einem gräßlichen, muffigen Bierlokal. Der Redner war wie gewöhnlich öd und marxistisch...“ Trotz dieser aristokratischen Distanz bemühte er sich, den Marxismus an der Quelle zu studieren, kam aber nie dazu, gewisse Ressentiments ihm gegenüber zu überwinden.

Vorbelastet mit antimarxistischen Vorurteilen reiste er 1920 nach Sowjetrußland. Da die junge Sowjetrepublik damals nach an den tausend Wunden des Krieges und des Bürgerkrieges blutete, hinterließ diese Studienreise vorwiegend negative Eindrücke bei Russell, wiewohl er eine gewisse Hochachtung vor den geistigen Energien der neuen russischen Staatsmänner nicht verleugnete; seine Haltung gegenüber der Sowjetunion blieb aber auch in der Folgezeit schwankend.

Als 1914 der erste Weltkrieg ausbrach, schrieb er verzweifelt: „Es ist tiefste Hölle, heutzutage zu leben. Ich wünschte, ich wäre vor 1914 gestorben.“ Seinen Landsleuten, die die Unterjochung Englands durch das deutsche Kaiserreich befürchteten, antwortete er, daß ein Krieg viel schlimmer sei als selbst eine Eroberung Englands durch den deutschen Kaiser. Er agitierte öffentlich gegen die Kriegspolitik seiner eigenen Regierung, wurde daraufhin aus seiner Dozentenstellung entlassen, vor Gericht gestellt und ins Gefängnis geworfen. Aber Bertrand Russell war dennoch kein doktrinäer Pazifist, sondern erklärte umgekehrt 1939, daß eine Unterwerfung unter Hitler schlimmer wäre als der Krieg: „Ich bin noch immer Pazifist in dem Sinne, daß ich den Frieden für das Wichtigste in der Welt halte. Aber ich glaube nicht, daß es in der Welt je Frieden geben kann, solange Hitler Erfolg hat... seine Niederlage ist das notwendige Vorspiel für alles Gute.“

Als nach der Niederschlagung des deutschen Faschismus die Gegensätze zwischen Ost und West wieder deutlich wurden, erlag Russell vorübergehend den Propagandamanövern des kalten Krieges, und er befürwortete sogar zeitweise die Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Als aber die effektive Ausrottung der Menschheit durch einen Atomkrieg furchtbare Wirklichkeit zu werden drohte, vollzog er eine entschlossene Wendung. Im Dezember 1954 richtete er über den englischen Rundfunk einen leidenschaftlichen Appell an die Menschen der ganzen Welt: „Denkt an eure Menschlichkeit und vergeßt alles übrige. Wenn ihr das tun könnt, so liegt der Weg für ein neues Paradies offen; könnt ihr nicht, so liegt nichts vor euch als all-umfassender Tod.“

Sein beschwörender Appell fand in der ganzen Welt ein ungewöhnliches Echo. Nun konnte er sein Bestreben darauf richten, Wissenschaftler und Philosophen, Literaten und Künstler, Theologen und Politiker aus Ost und West für die Erhaltung und Festigung des Friedens um sich zu scharen. Diesen Bemühungen blieb der Erfolg nicht versagt. Im Internationalen Initiativkomitee sitzen an seiner Seite z. B. der sowjetische Schriftsteller Ilya Ehrenburg und der westdeutsche Theologe Martin Niemöller. Der 88jährige Bertrand Russell soll sich gedußert haben, er fühle sich angesichts der Fortschritte der Friedensbewegung so froh und zuversichtlich wie lange nicht zuvor.

In Alan Woods Buch kommt diese so gar nicht skeptische Wendung im Leben Russells nur unzulänglich zum Ausdruck. Seltenerweise glaubt Alan Wood an zwei Stellen seines Buches feststellen zu müssen, daß Bertrand Russell „in seinen politischen Äußerungen das Beste leistete, wenn er allein stand, und das Schlechteste als Glied einer Menge“, und Wood versteht sich noch dazu, den „Intellekt des Individuums“ gegen die „Gefühlsregungen des Pöbels“ auszuspielen. Dazu dürfte es ihm allerdings an Autorisation fehlen angesichts des weißhaarigen alten Mannes auf dem Straßenpflaster von Whitehall.

Walther Allgöwer

Technik besiegt den Krieg
Nest-Verlag, Frankfurt a. M., 12,80 DM

Zu diesem Buch sagt der Rezensent ein lautes und vernehmbares „Ja“, aber er schreibt an den Rand auch ein kleines, doch nicht zu übersehendes „Nein“. Er würde sich gerne vorbehaltlos zu Allgöwer und seiner Schrift bekennen, aber er muß leider einige Vorbehalte machen.

Der Verfasser — ein Schweizer — war jahrelang als qualifizierter Generalstabsoffizier in der Armee der Eidgenossen tätig, ist also in militärischen und militärpolitischen Fragen sachverständig. Wie weit er es auch in gesellschaftswissenschaftlichen Fragen ist, werden wir sehen. Es ehrt ihn, daß er seinen Militärdienst liquidierte und sich der Publizistik zuwandte, als er hatte einsehen müssen, daß die Entwicklung der modernen Kriegstechnik das Waffenhandwerk um seinen historischen Sinn — Heimat, Haus und Herd zu verteidigen — gebracht hatte. Er zog persönlich die Konsequenzen aus dieser Einsicht und versucht nun mit Wort und Schrift, auch seine Mitmenschen zu überzeugen.

Sein Buch weist ihn als klugen Historiker aus, der den Ablauf der Geschichte mit Fleiß studierte. Er muß die historischen Stoffe sehr geliebt haben, denn es überkommt ihn immer wieder die Lust, sie vor seinen Lesern auszubreiten, sie auf ihren verborgenen Sinn hin zu befragen, um

eine Entwicklungstendenz zu entdecken. Er glaubt eine solche Tendenz auch festgestellt zu haben. Sie verleitet ihn keineswegs zu hoffnungslosem Pessimismus, sondern zur Zuversicht und zum Vertrauen in die menschliche Vernunft. Er neigt nicht zu metaphysischem Tiefsinn, sondern prüft die Fakten, er rückt selbst die religiösen Mythen unter das Brennglas rationalistischer Prüfung und bezweifelt ihre Beständigkeit und Brauchbarkeit für das wissenschaftliche Zeitalter. Er entmythologisiert insbesondere das Soldatentum und seine vielgepriesenen „Tugenden“ und kommt zu dem Schluß: „Der Beschuß mit Fernraketen ist die letzte Phase in der Entwicklung von Kampfformen auf Distanz, die mit der Steinzeit begonnen hatten. Sie führt zur Ausschaltung der Menschen als ‚Frontkämpfer‘ und zur Ersetzung des Soldaten durch den Techniker... Durch die technischen Großwaffen ist an die Stelle des Kampfes Mann gegen Mann das anonyme Töten von Menschenmassen getreten... Trümmerwüsten von einem derartigen Ausmaß sind aber für keine politische oder militärische Führung ein lohnendes Kriegsziel.“

Allgöwer setzt nun allerdings seine Erwartungen nicht in Moralpredigten, sondern fragt nach den materiellen Voraussetzungen einer zunehmenden Humanisierung der menschlichen Gesellschaft. Er betrachtet Kriege in unserer Zeit als anachronistische Rückfälle in überwundene Entwicklungsphasen. Er macht nicht die Naturwissenschaft und die Technik zu Prügelknaben für die atavistischen Erscheinungen unserer Tage, sondern steht genau umgekehrt in der Technik die Mutter einer progressiven Zivilisation und Kultur: „Die politische Führung im Westen wie im Osten ist heute im Interesse der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder gezwungen, engen Kontakt mit Atomphysikern und Ingenieuren hinsichtlich industrieller Verwendung der Kernenergie zu unterhalten... Aus dieser Zusammenarbeit ergibt sich von selbst ein Vertrauensverhältnis zwischen den Regierungen und ihren Wissenschaftlern und Technikern. Deren Beratung erstreckt sich nicht nur auf die Probleme der zukünftigen Friedenswirtschaft, sondern greift auch auf die Fragen der technischen Kriegsführung über. Das Urteil der zu Rate gezogenen Fachleute kann in Moskau nicht viel anders als in Washington lauten. Daraus ergibt sich eine oft erstaunliche Übereinstimmung in der Bewertung der Kriegsmittel... Die Genfer Tagung der Experten für Kernphysik vom August 1958 kommt in ihrer Bedeutung einer übergeordneten Instanz gleich, deren Arbeitsergebnissen und Empfehlungen sich auf die Dauer keine Regierung verschließen kann... Erstmals sind damit nicht Politiker und Generale vorausgeschickt worden, um die Möglichkeiten für eine später zu realisierende Befriedigung zu erkunden, sondern Naturwissenschaftler.“

Der Autor glaubt auch bereits die ersten Erfolge der menschlichen Vernunft über die Methoden der Barbarei registrieren zu dürfen: Er erinnert an die Schlichtung des Korea-Konflikts, an die Bemühungen um eine friedliche Lösung in Indochina, an die schnelle Liquidierung der Suez-Krise, an die Entschärfung des Zündstoffes in Jordanien und im Libanon, an die Lokalisierung der Plänkeleien in der Straße von Formosa. Er empfiehlt, auch ernsthaft zu prüfen, „wie eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa geschaffen werden, wie sich der Rückzug aller Besatzungstruppen aus West- und Osteuropa vollziehen kann oder welche Sicherheitsgarantien die Sowjetunion vor einem zukünftigen Angriff schützen“. Er warnt mit allem Nachdruck vor „dem Gedanken eines Kreuzzuges, der vom religiösen

Eifer genährt würde und sich bei günstiger Gelegenheit auf militärische Aktionen umschalten ließe... Der Westen hat sich damit abzufinden, daß der Kommunismus in dieser oder jener Form eine welthistorische Tatsache bleibt... Es bleibt den beiden Systemen aus Gründen der Selbsterhaltung gar nichts anderes übrig, als nebeneinander zu leben, ohne sich gegenseitig zu missionieren und politisch oder wirtschaftlich anzugreifen. Das Nebeneinander, die Koexistenz, ist die geschichtlich notwendige Stufe, die den Völkern Zeit verschafft, damit sich die Wandlung zur Krieglosigkeit ungestört vollziehen kann.“

Soweit — gut! Bedenken haben wir aber anzumelden, wenn der wackere schwyzer Eidgenosse Walther Allgöwer leichtfertig „Hitlerismus“ und „Stalinismus“, „Nationalsozialismus“ und „Kommunismus“ in einen Topf wirft und uns mit dem modischen Eintopfergericht „Totalitarismus“ abzufüttern versucht; dieser Allerwelts-Terminus ist nicht geeignet, zur Begriffsklärung beizutragen, er verwischt die Fronten.

Bedenken haben wir auch, wenn der Autor die technische Entwicklung nicht nur als eine notwendige Voraussetzung und nachdrückliche Ermahnung zur friedlichen Verständigung der Völker betrachtet, sondern das Ende der Kriege gleichsam automatisch aus der Entwicklung der modernen Waffentechnik ableitet. Der Stifter des Nobelpreises, der schwedische Ingenieur und Erfinder des Dynamits, hatte bereits um die Jahrhundertwende geglaubt: „An dem Tage, da zwei Armeekorps einander in einer Sekunde vernichten können, werden wohl alle zivilisierten Nationen zurückschauern und ihre Truppen verabschieden.“ Er irrte! Die herrschenden Klassen, die Führungskräfte der Nationen, schauderten nicht zurück und verabschiedeten ihre Truppen nicht. Trotz dieser Erfahrung wagt Walther Allgöwer zu behaupten: „Dank der Entwicklung zur technischen Totalität hat sich der Krieg als tragbare Form für Auseinandersetzungen unter den Völkern von selbst (!) ausgeschaltet... der Soldat wird durch die Technik des Krieges überwunden.“

Dieser Glaube an den Automatismus geschichtlicher Entwicklung — der sich schon im Buchtitel „Technik besiegt den Krieg“ ausdrückt — dürfte geeignet sein, verhängnisvolle Illusionen zu wecken, er könnte die aktiven Kräfte der Völker im Kampf für den Frieden zu seligem Nichtstun verleiten. Der Autor unterschätzt hier offensichtlich jene reaktionären Kräfte in der Welt, die zwar den technischen Fortschritt gerne akzeptieren, sich ihn sogar gewinnbringend nutzbar zu machen wissen, sich aber ganz entschieden weigern, die soziologischen Folgerungen aus der technischen Entwicklung zu ziehen; sich weigern, die Besitzstruktur der Gesellschaft der technischen Entwicklung anzupassen; sich weigern, auf liebgewonnene Privilegien zu verzichten. Wir haben leider keine Veranlassung zu der Erwartung, daß der infernalische Vorsatz des deutschen Faschismus, „die Tür krachend hinter sich ins Schloß zu werfen“, nur die grandiose Schlußapothekose eines spezifisch deutschen Raubrittertums vor seinem Abtritt in den geschichtlichen Orkus gewesen sein sollte; es wäre durchaus denkbar, daß man in der „Stunde der Gefahr“ auch anderen Ortes daran dächte, eine solche Torschlußpanik zu inszenieren. Die Völker — „gebrannte Kinder scheuen das Feuer“ — hätten allen Grund zur Wachsamkeit und täten gut daran, den Regisseuren solch herostratischer Weltuntergänge das Konzept zu verderben.



Fackelzug der Frankfurter Jugend am Vorabend des 1. Mai

In eigener Sache

Herr Vittinghoff, der Hamburger SPD-Vorsitzende, hat in dem Mitteilungsblatt der Hamburger Landesorganisation „Der Sozialist“ den „Ständigen Kongreß“ beschuldigt, „kommunistische Propagandathesen zu kolportieren“. Den Anlaß bildete ein Aufsatz „Der Parteitag der Kapitulation“ in Nr. 1/61 des „Kongreßdienstes“. Zu dem Arger des Herrn Vittinghoff mag beigetragen haben, daß wir, einer selbstverständlichen journalistischen Verpflichtung folgend, den Namen des Autors, der Mitglied der SPD ist, nicht preisgegeben haben.

Der Ständige Kongreß ist, wie unsere Freunde und Mitglieder wissen, eine unabhängige und überparteiliche Organisation. Diese Unabhängigkeit bedeutete für uns allerdings niemals die Verpflichtung, es allen recht zu machen und keiner Partei etwas Unfreundliches zu sagen; im Gegenteil, wir betrachten sie als Verpflichtung, die Kalten Krieger und Atombombenpolitiker anzugreifen, wo immer sie sich befinden. Wir waren niemals so überparteilich, daß wir nicht die verhängnisvolle Politik der CDU und der von ihr gebildeten Regierung unerbittlich kritisiert hätten. Daß wir uns darin für lange Zeit mit der SPD in Übereinstimmung wußten, haben wir niemals als Verletzung unserer Überparteilichkeit angesehen.

Spätestens seit der berüchtigten Rede Wehners im Bundestag und dem Hannoverischen Parteitag der SPD hat sich unser Verhältnis zur SPD völlig verändert. Die heute maßgeblichen Männer der SPD, allen voran der „Kanzlerkandidat“ Willy Brandt und der „Wehrexperte“ Helmuth Schmidt, haben die Kapitulation vor der Politik der Bundesregierung vollzogen und gehören heute zu den Befürwortern der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr im Rahmen der NATO.

Dazu konnten und durften wir nicht schweigen, wenn wir nicht unserem Ziele, dem Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr, hätten untreu werden wollen. Es wäre ein völligeres Mißverständnis, zu glauben, daß unser Kampf der SPD gelte. Wenn, die SPD heute in politischen Kreisen beinahe zur Spottfigur geworden ist, so sind nicht wir daran schuld, sondern die Servilität ihrer gegenwärtigen Führung vor Adenauer. Viele Mitglieder der SPD sagen den Schiffbruch der gegenwärtigen SPD-Politik voraus, und nicht einmal in den Führungsgremien der SPD glaubt, wie wir zuverlässig erfahren haben, heute noch jemand an einen Wahlsieg.

Aber es geht nicht nur um das Scheitern und Zerbrennen einer Partei, das heute schon voraussehbar ist; es geht um das Schicksal unseres Volkes. Wenn die SPD ihrer Aufgabe entsagt, die Opposition gegen die für unser Volk lebensgefährliche Politik der Bundesregierung zu repräsentieren und zu führen, dann trägt sie vor der Geschichte entscheidende Mitschuld an einer möglichen neuen Katastrophe. Unsere Warnungen und Mahnungen sind der beste Dienst, den wir der SPD erweisen können. Möchte die SPD

doch endlich erkennen, wo ihre wahren Freunde sind!

Herr Vittinghoff beschließt seinen Angriff auf uns mit den Worten, wir hätten uns nun „entlarvt“ und dadurch dem Kampf gegen den Atomtod einen guten Dienst erwiesen. Wir geben ihm dieses Kompliment zurück. Herr Vittinghoff ist Vorsitzender des Hamburger Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“. Die „Arbeit“ dieses Ausschusses besteht heute ausschließlich darin, andere Atomwaffengegner als „Kommunisten“, „osthörig“, „gesteuert“ zu verleumden. Viele Sozialdemokraten dürfte angesichts dieser neuen Verunglimpfung früherer Kampfgenossen die Scham darüber ergriffen haben, wie man sich dort den „Kampf gegen den Atomtod“ vorstellt. Das ist, auch für die SPD, ein Gewinn.

Joachim Hindemith

In den sicheren Tod getrieben?

Bundeskanzler Adenauer hat in den letzten Wochen in zahlreichen Wahlversammlungen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu begründen versucht. Die SPD hat diese Äußerungen aufgegriffen, weil in ihnen nicht der Unterschied zwischen atomaren Sprengköpfen und Atomwaffenträgern gemacht wurde, auf den Herr Strauß zusammen mit der SPD so großen Wert legt; die SPD bietet sich gleichsam Herrn Strauß als Verbündeten gegen Adenauer an.

Adenauers Atomwaffenforderungen sind aber noch aus einem anderen Grunde interessant. „Es würde unverantwortlich sein“, sagte Adenauer wörtlich, „eine Streitkraft ohne nukleare Waffen gegen einen Feind zu stellen, der solche Waffen hat. Das würde heißen, daß unsere Soldaten in den sicheren Tod getrieben würden.“ („Welt“, 6. Juni) Diese Sätze sind schon des Nachdenkens wert. Wir wollen glauben, daß Adenauer unsere Soldaten nicht in den Tod treiben will. Aber wieso hofft er, das dadurch zu vermeiden, daß er ihnen Atomwaffen in die Hand gibt? Glaubt Adenauer, daß ein Atomkrieg weniger tödlich für unsere Soldaten sei als ein konventioneller Krieg? Wenn einmal der Atomkrieg ausgebrochen ist, dann gehen unsere Soldaten wahrscheinlich alle in den Tod, und zwar gleichgültig, ob sie selbst Atomwaffen haben oder nicht. Der billige Trost, daß es ihnen vorher eventuell gelungen ist, dem Gegner ebenfalls einen Atomschlag zu versetzen, macht keinen von ihnen wieder lebendig.

Aber es drängt sich noch eine Frage auf. Wodurch werden Soldaten gegebenenfalls in den Tod getrieben? Offenbar doch durch Einsatzbefehle ihrer Vorgesetzten (Anmerkung: Der Kanzler ist Oberbefehlshaber der Bundeswehr in Kriegszeiten). Es ist das Risiko eines jeden Einsatzbefehls, daß durch ihn Soldaten in den Tod getrieben werden. Dieses Risiko will Adenauer, so sagt er jedenfalls, verringern. Erhellte daraus nicht mit schreck-

licher Deutlichkeit, daß die Entscheidung über das Ob bereits gefallen ist, daß man also entschlossen ist, das Risiko tatsächlich einmal einzugehen? Ich hoffe, daß jemand auf diese Fragen eine beruhigende Antwort geben kann.

igr.

Wichtiges IN KÜRZE

Stockholm. Die großangelegte Evakuierungsübung in Stockholm erwies sich als Fehlschlag. Von den 250 000 Stockholmern, die bei der Atomkriegsübung am 23. April probeweise die Stadt verlassen sollten, folgten nur etwa 30 000 der Aufforderung.

New York. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion werden am 26. Juni in Washington ihre schon seit einigen Wochen in Aussicht genommenen Verhandlungen über das Verfahren für eine geplante neue Abrüstungskonferenz beginnen. Aus unterrichteten westlichen Kreisen in New York verlautete, an dem Gespräch, das im Außenministerium stattfinden soll, würde von sowjetischer Seite der stellvertretende Außenminister Sorin und von amerikanischer Seite der Abrüstungsbeauftragte McCloy teilnehmen.

Die beiden Politiker sollen sich über Zeit, Ort und die Teilnehmer der neuen Konferenz verständigen, die die am 27. Juni 1960 abgebrochene Genfer Zehn-mächte-Abrüstungskonferenz fortsetzen soll.

Unser Titelbild:

Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow bei ihrer Begegnung in Wien. Bild: dpa

Herausgeber:

aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Das Präsidium des „Ständigen Kongresses Bundesrepublik“

Postcheckkonto: Hamburg 27 30 60

Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26 (Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

Büro:

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel/Holst.; Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg
Wissenschaftlicher Berater: Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.